

FINANZEN UND STEUERN

FACHSERIE

14

Reihe 4

Steuerhaushalt

4. Vierteljahr und Jahr 1984

Statistik der Finanzen und Steuern



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH
Abt. Veröffentlichungen des Statistischen
Bundesamtes
Philipp-Reis-Str. 3
6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Juli 1985

Preis: DM 4,40

Bestellnummer: 2140400 - 84724

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe
unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Inhalt

	Seite
T e x t t e i l	
1 Allgemeine Hinweise zur Statistik	4
2 Methodische Erläuterungen zur Statistik	5
3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1984	10
4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1984	14
5 Bemerkungen zu den Ergebnissen	21
 T a b e l l e n t e i l	
1 Zusammenfassende Übersichten	
1.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung im 4. Vj 1983 und 1984 .	24
1.2 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1983 und 1984	25
1.3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Län- dern im 4. Vj 1983 und 1984	26
1.4 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung im Jahr 1983 und 1984	27
1.5 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1983 und 1984	28
1.6 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Ländern 1983 und 1984	29
1.7 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1980 bis 1984	30
1.8 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1984	30
1.9 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1975 bis 1984	31
1.10 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1975 bis 1984	31
1.11 Investitionszulagen 1975 bis 1984	31
2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1984	32
3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1984	
Insgesamt	36
Kreisfreie Städte	36
Kreisangehörige Gemeinden	38
Landkreise	38
4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung nach Körperschaftsgruppen im 4. Vj 1983 und im 3. und 4. Vj 1984	39
5 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung nach Steuerarten im 4. Vj 1983 und im 3. und 4. Vj 1984	40
6 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 1984	42
7 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung 1984	
Insgesamt	46
Kreisfreie Städte	46
Kreisangehörige Gemeinden	48
Landkreise	48
8 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung 1984 nach Gemeindegrößenklassen	49

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der
letzten besetzten Stelle, jedoch mehr
als nichts
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage
nicht sinnvoll

Abkürzungen

Mill. = Million	Gv. = Gemeindeverbände
Mrd. = Milliarde	GG = Grundgesetz
BGBI. = Bundesgesetzblatt	i.d.F. = in der Fassung
AfA = Absetzung für Abnutzung	i.d.R. = in der Regel
AO = Abgabenordnung	dt = Dezitonne (100 kg)
EG = Europäische Gemeinschaften	l = Liter
EGKS = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	hl = Hektoliter
EFTA = European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	vT = vom Tausend
EStG = Einkommensteuergesetz	vH = vom Hundert
	StMZ = Steuermaßzahl

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGB1. I S. 673).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	} monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen	

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst = wöchentlich
Wirtschaft und Statistik = monatlich
Fachserie 14, Reihe 4 = vierteljährlich,

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L II/1 = monatlich,
vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGB1. I S. 673).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:	
Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} vierteljährlich,
Fachserie 14, Reihe 4	

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2 Methodische Erläuterungen zur Statistik

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im Abschnitt 2.2 eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt 2.3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserienreihe vierteljährlich nachgewiesenen Steuereinnahmen gegenüber den Ergebnissen in Fachserie 14, Reihe 2 "Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft" ergibt sich aus 2.5 (Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken).

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt einmal von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng (wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern siehe Abschnitt 4, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert). Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend skizziert werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1983 für die Jahre 1983 bis 1985 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen 2 Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung

- unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung der Steuermeßbeträge bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Abschnitt 4.14 und 4.15.

- Vorauszahlungen/Teilzahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Zahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer²⁾).

- 1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Teilzahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.
- 2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbsteuer: Erhebungszeitraum, Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbsteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermaßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren festgesetzte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) und/oder geminderter Besteuerungsgrundlagen (z.B. rückläufiger Gewinne) sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu

Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Abschnitt 4.1).

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen/Höhe der Steuerschuld, Stundung/Zahlungsaufschub.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertariferhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BerlinFG.

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 Grundgesetz des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969,

BGBI. I S. 1432, zuletzt geändert durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 vom 22.12.1983, BGBI. I S. 1583,

- Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969, BGBI. I S. 1587, zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom 20.12.1982, BGBI. I S. 1857 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
- Zerlegungsgesetz in der Fassung vom 25. Februar 1971, BGBI. I S. 145, zuletzt geändert durch Zweites Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 8. Dezember 1981, BGBI. I S. 1331.

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen vor der Steuer-
verteilung)

dem Bund:

das Aufkommen der in Tabelle 2 bzw. 6 unter
lfd. Nr. 9 bis 24 aufgeführten Steuern
(Bundessteuern),

den Ländern:

das Aufkommen der in Tabelle 2 bzw. 6 unter
lfd. Nr. 26 bis 37 aufgeführten Steuern
(Landessteuern),

Bund und Ländern gemeinsam:

das Aufkommen der in Tabelle 2 bzw. 6 unter
lfd. Nr. 2 bis 7 aufgeführten Steuern
(Gemeinschaftsteuern),

den Gemeinden:

das Aufkommen der in Tabelle 2 bzw. 6 unter
lfd. Nr. 39 bis 41 aufgeführten Steuern
(Gemeindesteuern).

Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so
steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem
Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen nach
der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundes-
republik Deutschland (mit Ausnahme geringer
EGKS-Zölle) und Teile des Umsatzsteuerauf-
kommens³⁾.

3) Von 1975 - 1979 führte die Bundesrepublik
Deutschland den EG die ihnen zustehenden
eigenen Einnahmen (außer Agrarabschöpfungen
und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregel-
ung (BSP-Schlüssel) zu; ab 1980 werden
die Umsatzsteuerzahlungen an die EG nach
Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes
(höchstens 1 vH) - der auf EG-Ebene ver-
einbart - "gemeinsamen Bemessungsgrund-
lage für die Mehrwertsteuer" geleistet.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommen-
steuer,
50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,
65,5 vH der Umsatzsteuern (abzüglich EG-Um-
satzsteueranteil, abzüglich Ergän-
zungszuweisungen an finanzschwache
Länder),
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

die Landessteuern,
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommen-
steuer,
50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaft-
steuer,
34,5 vH der Umsatzsteuern (zuzüglich Ergän-
zungszuweisungen an finanzschwache
Länder vom Bund),
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,
die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbe-
steuerumlage),

15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommen-
steuer (Gemeindeanteil),
die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteu-
ern⁴⁾.

Wegen der bisher in der Statistik noch nach-
gewiesenen Anteile an der Grunderwerbsteuer
siehe Pkt. 2.5 (Nachweis der Grunderwerb-
steuer ab 1983).

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen
und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin
(West) - für Bremen ergibt sich die Trennung
aus dem Status der beiden selbständigen Ge-
meinden Bremen und Bremerhaven - in der vor-
liegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Be-
reichen werden brutto nachgewiesen. In den
"Steuereinnahmen der Länder" sind die dem
staatlichen Bereich, in den "Steuereinnah-
men der Gemeinden" die dem gemeindlichen
Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüber-
weisungen der Stadtstaaten enthalten.

4) Das sind insbesondere Schankerlaubnis-,
Jagd- und Fischerei-, Gemeindegetränke-,
Kino-, übrige Vergnügung -, Hundesteuer.

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 vH des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung im gleichen Berichtszeitraum mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch 4.16 und 4.17).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 vH der im gleichen Zeitraum aufgekommene Lohn-/veranlagte Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes aaO., das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Umsatzsteuern

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 vH der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekommene Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer zu. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge bis zu 25 000, bei Zusammenveranlagung bis zu 50 000 DM entfallen.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer E und K} \times 52}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt.

2.5 Verschiedenes

Jahresnachweis

Das Jahresergebnis wird ab Berichtsjahr 1981 durch Addition der vier Vierteljahre gebildet. Dabei bleiben Änderungen unberücksichtigt, die sich durch nachträgliche Berichtigungen ergeben können.

Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983

Nach Einführung des neuen Grunderwerbsteuerrechts zum 1. Januar 1983 behandeln die Länder den Teil des Grunderwerbsteueraufkommens, den sie ihren Kommunen überlassen, haushaltssystematisch unterschiedlich: Einige Länder verbuchen das Grunderwerbsteueraufkommen - mit Ausnahme von Abwicklungsbeträgen nach dem alten Recht (Zuschlag zur Grunderwerbsteuer) - voll als Landessteuer und überlassen ihren Gemeinden Teile davon als Zuweisungen, die in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Ländergruppe gehören Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen (ab 1984), Baden-Württemberg und Bayern. Andere Länder verbuchen nur den ihnen effektiv verbleibenden Teil als Landessteuer; den kommunalen Anteil verbuchen die Gemeinden/Gv. als originäre Steuereinnahmen. Zu diesen Ländern zählen Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen. Eine Sonderstellung nehmen Hamburg und Berlin (West) (100 % Landesanteil) sowie Rheinland-Pfalz (100 % Kommunalanteil) ein. Aus den dargelegten Gründen ist der Einzelvergleich der staatlichen und kommunalen Anteile je für sich genommen gestört, es empfiehlt sich daher, nur das Grunderwerbsteueraufkommen insgesamt (staatliche und kommunale Anteile zusammengefaßt) zu Vergleichszwecken heranzuziehen.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder in Höhe von 1,5 vH des Umsatzaufkommens geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1984: 1 657 Mill. DM bzw. 4. Vj 1984: 427 Mill. DM (1983: 1 588 Mill. DM bzw. 4. Vj 1983: 428 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg beider Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden:

- EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

- Länderanteile Umsatzsteuern

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Umsatzsteuern"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Ist-Ergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gem. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

- Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der Stadtstaaten, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

- Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den Stadtstaaten erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4 (siehe unter 2.3 "Verteilungsmodus").

- Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1984

(ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1984 in Kraft treten)

- 3.1 Gesetz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen (Steuerentlastungsgesetz 1984 - StEntlG 1984) vom 22.12.1983 (BGBl. I S. 1583)
- 3.1.1 Abbau der Vermögensteuerbelastung beim Betriebsvermögen
- Verringerung des Ansatzes des Betriebsvermögens (§ 117a BewG)
Das Betriebsvermögen wird bis zu 125 000 DM von der Vermögensteuer gänzlich befreit. Das darüber hinausgehende Betriebsvermögen wird nur noch mit 75 vH seines steuerlichen Wertes angesetzt.
 - Senkung des Vermögensteuersatzes für Körperschaften von 0,7 vH auf 0,6 vH (§ 10 VStG)
 - Senkung der Schachtelgrenze von 25 auf 10 vH (§ 102 BewG) bei der Vermögensteuer, bei der indirekten Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer (§ 26 KStG) und bei der Gewerbesteuer.
- 3.1.2 Entlastungen bei den Ertragsteuern und bei der Umsatzsteuer
- Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe (§ 7 g EStG)
Für kleine und mittlere Betriebe mit einem Einheitswert von nicht mehr als 120 000 DM und mit einem Gewerbekapital bis 500 000 DM wird eine Sonderabschreibungsmöglichkeit in Höhe von 10 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für neue bewegliche Anlagegüter im Erstjahr eingeräumt. Die neue Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe ist auch neben der degressiven AfA nach § 7 Abs. 2 EStG zulässig.
 - Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen bis zu 40 vH für bewegliche Wirtschaftsgüter und bis zu 15 vH bzw. 10 vH für Gebäude (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. u EStG; § 82 d EStDV)
 - Verlängerung der Gewährung von Sonderabschreibungen bei Schiffen und Luftfahrzeugen bis 31.12.1989 (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. w EStG; § 82 f EStDV)
(wären nach der bisherigen Rechtslage zum 31.12.1983 ausgelaufen)
- Fortgeltung der Steuervergünstigung bei Aufwendungen für moderne Heizungstechnologien und bestimmte Fernwärmeanschlüsse (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. q EStG; § 82 a EStDV).
 - Verdoppelung des Höchstbetrages für den Verlustrücktrag auf 10 Mill. DM (§ 10 d EStG)
 - Ausweitung der Begünstigung für Betriebsveräußerungen in der Land- und Forstwirtschaft (§ 14 a Abs. 1 EStG)
Bei der Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe bestimmter kleinerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wird ein Freibetrag von 60 000 DM gewährt, wenn die Veräußerung der Aufgabe vor dem 1.1.1986 erfolgt. Künftig wird für die Inanspruchnahme der Begünstigung nicht mehr der Einheitswert (30 000 DM), sondern der Wirtschaftswert des Betriebes zugrunde gelegt, d.h. der Wohnteil wird nicht mehr berücksichtigt. Außerdem werden die Grenzen der außerlandwirtschaftlichen Einkünfte um 50 vH auf 18 000/36 000 DM (Led./Verh.) erhöht.
 - Anhebung des erhöhten Freibetrags bei Betriebsveräußerung und -aufgabe von 60 000 auf 120 000 DM (§ 16 Abs. 4 EStG)
Der bei Alter und Berufsunfähigkeit im Falle der Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe gewährte Freibetrag von bisher 60 000 DM wird auf 120 000 DM erhöht. Gleichzeitig wird die Grenze, ab der der Freibetrag ausläuft, von 200 000 auf 300 000 DM angehoben.
 - Volle Abzugsfähigkeit der Kosten für die Ausgabe von Gesellschaftsanteilen (§ 9 KStG)
 - Beseitigung von Liquiditätsnachteilen bei Vorabausschüttungen und verdeckten Gewinnausschüttungen ab 1977 (§§ 27-29 KStG) durch Verrechnung der Ausschüttungen nicht mehr mit dem verwendbaren Eigenkapital am Anfang, sondern am Schluß des Wirtschaftsjahres.
 - Aufteilung ermäßigt belasteter Eigenkapitalanteile bei der Eigenkapitalgliederung (§§ 30, 32 KStG).
 - Übergangsweise Einbeziehung der Personenschiffahrt in den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 vH (§ 28 UStG). Die Beförderungen von Personen mit Schiffen waren bis Ende 1983 von der Umsatzsteuer befreit. Während einer Übergangszeit von fünf Jahren (bis zum

31.12.1988) unterliegen die bezeichneten Beförderungen dem ermäßigten Steuersatz von 7 vH der Bemessungsgrundlage. Personenbeförderungen im Linienverkehr mit Schiffen und Beförderungen im Fährverkehr, soweit sie im Nahverkehr ausgeführt werden, unterliegen weiterhin dem ermäßigten Steuersatz von 7 vH.

3.1.3 Maßnahmen zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen

- Klarstellende Regelung zur Gewinnerzielungsabsicht (§ 15 EStG). Die Absicht, durch Verluste das Einkommen und dadurch die Einkommensteuerbelastung der übrigen Einkunftsteile zu mindern, kann nach geltendem Recht nicht als Gewinnerzielungsabsicht gewertet werden. Von besonderer Bedeutung ist dies für Gesellschafter von Verlustzuweisungsgesellschaften. Sie können nur dann als Mitunternehmer eines Gewerbebetriebs angesehen werden, wenn sie für den Zeitraum ihrer Zugehörigkeit zur Gesellschaft im Rahmen ihrer Beteiligung eine Mehrung des ihnen zuzurechnenden Betriebsvermögens erstreben.

- Einschränkung der Berücksichtigung negativer Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung im Vorauszahlungs- und im Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren (§ 37 Abs. 3 u. § 39 a Abs. 1 EStG)

Zur Einschränkung der Steueranreize bei Bauherrenmodellen wird die Möglichkeit von Steuererminderungen im Vorauszahlungs- und im Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren vor Fertigstellung der Objekte ausgeschlossen.

- Einschränkung der Kfz-Steuerbefreiung für Behinderte (Streichung von § 3 Nr. 11 KraftStG; neu: 3 a KraftStG)

Die Kraftfahrzeugsteuerbefreiung wird künftig nur noch Schwerbehinderten gewährt, die hilflos, blind oder außergewöhnlich gehbehindert sind. Die übrigen Behinderten, die bisher von der Kraftfahrzeugsteuer befreit waren, erhalten eine Steuerermäßigung von 50 vH, wenn sie keine Vergünstigung im öffentlichen Personenverkehr in Anspruch nehmen (Wahlrecht zwischen Kraftfahrzeugsteuervergünstigung und Vergünstigung im öffentlichen Personenverkehr).

3.1.4 Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern (§ 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern) 1984: Bund 65,5 vH, Länder: 34,5 vH (1983: 66,5 vH/33,5 vH)

3.2 Sonstige Steuerrechtsänderungen

3.2.1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Investitionszulage für Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie (Stahlinvestitionszulagen-Änderungsgesetz - StahlInvZulÄG) vom 22.12.1983 (BGBl. I S. 1570)

Anhebung des Zulagensatzes der Stahlinvestitionszulage von 10 auf 20 vH.

3.2.2 Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Vermögensbeteiligungsgesetz) vom 22.12.1983 (BGBl. I S. 1592)

Im Rahmen des neuen Vermögensbeteiligungsgesetzes werden die Voraussetzungen für eine verstärkte Anlage vermögenswirksamer Leistungen in Vermögensbeteiligungen durch eine entsprechende Ausweitung des Katalogs der begünstigten Anlagen geschaffen. Dieser umfaßt danach:

- in- und ausländische Aktien, die vom Arbeitgeber ausgegeben worden sind, und andere Aktien, soweit sie an einer deutschen Börse zum amtlichen Handel zugelassen oder in den geregelten Freiverkehr einbezogen sind,
- Kuxe, Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen,
- Genußscheine, die als Wertpapiere ausgegeben werden und mit denen das Recht am Gewinn eines Unternehmens verbunden ist, wenn die Mitunternehmerschaft ausgeschlossen ist,
- Anteilscheine von Aktienfonds im Sinne des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften,
- Geschäftsguthaben bei einer Genossenschaft,
- Beteiligungen als typische stille Gesellschafter,
- Genußrechte, die nicht durch Wertpapiere verbrieft sind, wenn mit ihnen das Recht am Gewinn des arbeitgebenden Unternehmens verbunden und die Mitunternehmerschaft ausgeschlossen ist,
- Darlehnsforderungen gegen den Arbeitgeber, wenn die Ansprüche durch ein Kreditinstitut verbürgt oder durch ein Versicherungsunternehmen privatrechtlich gesichert sind.

Gleichzeitig mit der Erweiterung des Anlagenkatalogs ist der Höchstbetrag der durch Ar-

beitnehmersparzulage begünstigten vermögenswirksamen Leistungen von bisher 624 auf 936 DM erhöht worden.

Das Vierte Vermögensbildungsgesetz bringt auch Verbesserungen bei der Arbeitgebervergünstigung nach § 14 Abs. 1 (Kleinbetriebsvergünstigung). Die Höchstzahl der Beschäftigten, bis zu der ein Steuerabzug von 15 vH der erbrachten vermögenswirksamen Leistungen (Obergrenze 3 000 DM) erlaubt ist, wurde von 50 auf 60 angehoben. Außerdem werden künftig Auszubildende und Schwerbehinderte auf die Beschäftigtenhöchstzahl nicht mehr angerechnet.

Im Vierten Vermögensbildungsgesetz ist der Katalog der Anlässe für eine unschädliche vorzeitige Verfügung auf die Begründung einer selbständigen Tätigkeit ausgedehnt worden. Entsprechende Regelungen sind bei der Steuervergünstigung nach § 19 a EStG und im Sparprämien-gesetz getroffen worden.

Durch das ebenfalls 1983 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (BGBI. I S. 1377) ist eine weitere Möglichkeit zur unschädlichen vorzeitigen Verfügung über Anlagen nach dem Sparprämien-gesetz, Vermögensbildungsgesetz, Wohnungsbauprämiengesetz und im Sinne des Sonderausgabenabzugs für Bausparbeiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG geschaffen worden.

Als zweite Säule der gesetzlichen Neuregelung auf dem Gebiet der Vermögensbildung ist die neugeschaffene Steuervergünstigung nach § 19 a EStG zu sehen. Sie löst die bisherige Steuervergünstigung nach § 8 Kapitalerhöhungsteuer-gesetz ab, die sich auf die Überlassung von Belegschaftsaktien durch das arbeitgebende Unternehmen beschränkte.

Der neue § 19 a EStG sieht der Höhe nach die gleiche Steuervergünstigung wie § 8 Kapitalerhöhungsteuergesetz vor, nämlich Steuerfreiheit bei der unentgeltlichen oder verbilligten Überlassung von Vermögensbeteiligungen bis zur Hälfte des Wertes der Vermögensbeteiligung, höchstens 300 DM. Diese Steuervergünstigung wird künftig bei der Überlassung sämtlicher Vermögensbeteiligungen entsprechend dem Förderungskatalog für die Aufstockung des Vermögensbildungsgesetzes auf 936 DM gewährt.

Die Gewährung des Steuerfreibetrags ist an eine Festlegung der Vermögensbeteiligung mit einer Frist von 6 Jahren gebunden.

3.2.3 Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22.12.1983 (BGBI. I S. 1577)

In der Abgabenordnung wird durch eine Ergänzung des § 55 Abs. 1 Nr. 1 AO klargestellt, daß eine gemeinnützige Körperschaft ihre Mittel weder für die unmittelbare noch für die mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwenden darf.

Durch Neueinführung des § 34 g EStG können Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke (Mitgliedsbeiträge und Spenden) bis zu einem Betrag von 1 200/2 400 DM (Led./Verh.) jährlich zur Hälfte von der tariflichen Einkommensteuer abgezogen werden. Damit ermäßigt sich die Einkommensteuer bis zu 600/1 200 DM (Led./Verh.) im Jahr.

Der nach § 10 b Abs. 2 EStG abziehbare Höchstbetrag von 1 800/3 600 DM (Led./Verh.) für Mitgliedsbeiträge und Spenden als Sonderausgaben wird ausgedehnt auf den Rahmen des allgemeinen Spendenabzugs bis zur Höhe von insgesamt 5 vH des Gesamtbetrags der Einkünfte bzw. 2 vT der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter.

In gleichem Umfang sind diese Aufwendungen auch abziehbar im Sinne des § 9 Nr. 3 KStG. Bei Spenden im Gesamtwert von mehr als 20 000 DM jährlich ist der Ausweis der Spende im Rechenschaftsbericht der Partei Voraussetzung für den Steuerabzug.

Politische Vereine, d.h. kommunale Wählervereinigungen, sind künftig nicht mehr steuerfrei. Jedoch bleiben politische Parteien, soweit sie keine wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe unterhalten, weiterhin von der Körperschaftsteuer (§ 5 Abs. 1 Nr. 7 KStG) und von der Vermögensteuer (§ 3 Abs. 1 Nr. 10 VStG) befreit.

3.2.4 Gesetz zur Änderung des Feuerschutzsteuergesetzes vom 13.2.1984 (BGBI. I S. 241)

Der bis zum 21.12.1983 festgeschriebene Zerlegungsschlüssel nach § 11 Abs. 3 FeuerschStG wird durch einen neuen Zerlegungsschlüssel ersetzt.

3.2.5 Erstes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 29.6.1984 (BGBI. I S. 796)

Der USt-Durchschnittssatz für landwirtschaftliche Umsätze sowie für Ausfuhrlieferungen und

im Außengebiet bewirkte Lieferungen von Getränken und alkoholischen Flüssigkeiten wird angehoben, und zwar

- für die Zeit vom 1.7.1984 bis 31.12.1988 um 5 Hundertsatzpunkte auf 13 vH und
- für die Zeit vom 1.1.1989 bis 31.12.1991 um 3 Hundertsatzpunkte auf 11 vH.

Den Landwirten wird gleichzeitig das Recht eingeräumt, die für landwirtschaftliche Umsätze sowie für Umsätze von Getränken und alkoholischen Flüssigkeiten geschuldete USt zu kürzen. Diese USt-Kürzung beträgt

- für die Zeit vom 1.7.1984 bis 31.12.1988 5 vH und
- für die Zeit vom 1.1.1989 bis 31.12.1991 3 vH.

Diese Kürzung führt im Ergebnis dazu, daß pauschalierende Landwirte trotz Erhöhung des Durchschnittsatzes weiterhin in der Regel keine Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen haben.

Die Anhebung der Durchschnittsätze gilt nicht für sonstige Leistungen (z.B. Lohnfahren) und Hilfsumsätze (z.B. Veräußerung gebrauchter Anlagegüter). Für diese Umsätze bleibt es beim bisherigen Durchschnittsteuersatz von 8 vH.

3.2.6 Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 25.7.1984 (BGBl. I S. 1006)

Ausschluß der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Geldstrafen und Geldbußen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten im Hinblick auf die Be-

schlüsse des Großen Senats des Bundesfinanzhofs GrS 2/82 und GrS 3/82 vom 21.11.1983.

3.2.7 Steuerbereinigungsgesetz 1985 vom 14.12.1984 (BGBl. I S. 1493)

- Abschaffung der Kuponsteuer für Gebietsfremde mit Wirkung vom 1.8.1984. Die Aufhebung erstreckt sich sowohl auf die Neu-Emissionen als auch auf den sog. Altbestand (Art. 3 Nr. 32 Buchst. a Doppelbuchst. cc und Nr.46 Buchst. g)
- Die durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 eingeführte und zunächst durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22.12.1983 (BGBl. I S. 1532) um ein Jahr verlängerte Investitionshilfeabgabe ist mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6.11.1984 für nichtig erklärt worden. Zum gleichen Zeitpunkt tritt das Gesetz zur Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe in Kraft, das die unverzügliche Rückzahlung der bei den Finanzämtern eingegangenen Beträge anordnet (Art. 29 in Verbindung mit Art. 32 Absatz 2 Satz 3 Steuerbereinigungsgesetz 1985).

3.2.8 Haushaltsbegleitgesetz 1983 vom 20.12.1982 (BGBl. I S. 1857)

- Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes (Art. 8): Weitere Senkung der Gewerbesteuerumlage 1984: Vervielfältiger nach § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes 1984: 52 vH (1983: 58 vH).

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1984*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p> <p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 6 000/600 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p> <p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<p>Progressionstarif</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuerfreie Vorstufe bis 4 212/8 424 DM zu versteuerndes Einkommen (Grundfreibetrag) - Proportionalstufe mit Steuersatz von 22 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 4 213/8 425 DM (Nullstufe) bis 18 000/36 000 DM, - Progressionsstufe mit von 22 vH bis 56 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 18 001/36 001 DM bis 129 999/259 999 DM, - Proportionale Endstufe (56 vH). <p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p> <p>Berücksichtigung einer Reihe von Abzugsbeträgen und Sonderausgaben, die - vielfach ohne Rücksicht auf die dem Steuerpflichtigen tatsächlich entstehenden Kosten - die Höhe des zu versteuernden Einkommens beeinflussen; hierzu zählen insbesondere Arbeitnehmer-, Weihnachts-, Versorgungs-, Kinderfreibetrag, Werbungskosten (-pauschbetrag), Freibetrag für Land- und Forstwirte, Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge), Aufwendungen für Spenden und Beiträge, Freibetrag für Freie Berufe, außergewöhnliche Belastungen.</p>
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen nach Veranlagung, die gewöhnlich 9 bis 18 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf im allgemeinen mit mindestens 1-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung."</p>	<p>I.d.R. 25 vH</p> <p>Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen Anrechnung bei der Einkommen-/Körperschaftsteueranrechnung.</p>
<p><u>4.3 Kapitalertragsteuer¹⁾</u></p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>pflicht erhobene - Aufsichtsratssteuer (30 vH) und Abzugssteuer für Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. (bei Ausübung der Tätigkeit im Inland oder Verwertung von Rechten 15 bzw. 25 vH) eine untergeordnete Rolle.</p>

*) Standardangaben ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.

1) Die Kapitalertragsteuer stellt den überwiegenden Aufkommensanteil der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag; demgegenüber spielt die - jeweils bei beschränkter Steuer-

<p style="text-align: center;">Steuerart Steuerentrichtung</p>	<p style="text-align: center;">Tarif</p>
<p>4.4 Körperschaftsteuer</p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich einjähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>56 vH generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigten.</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 vH des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p>4.5 Umsatzsteuern</p> <p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p> <p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn die Steuerschuld im letzten KJ nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das laufende KJ 600 DM voraussichtlich nicht übersteigt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p> <p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p> <p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Zölle/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>14 vH; ermäßigter Satz von 7 vH (vor allem für Lebensmittel, Zeitschriften/Bücher, Personennahverkehr usw.); Abzugsbeträge für Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz (§ 19 UStG 1980 Abs. 3); Sonderregelung für Berliner Umsätze und Landwirtschaft.</p> <p>14 bzw. 7 vH (ermäßigter Satz);</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p> <p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat zum 15. eines jeden Monats Abschlagszahlungen auf die im Abrechnungszeitraum (Kalenderjahr) zu entrichtende Steuer zu leisten, die dem Prämien- eingang oder dem Prämien-soll des vorangegangenen Monats entsprechen. Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämie-einnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>5 vH der Prämie bei Sachversicherung, 0,02 vH der Versicherungssumme bei Hagel- versicherung, 2 vH der Prämie bei Seeschiffskaskoversiche- rung, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)</u></p> <p>4.7.1 Zölle Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzoll- tarif der EG-Länder; keine Binnenzölle inner- halb der EG. Begründung von Freihandelszonen, mit den Rest-EFTA-Ländern, Einräumung von Zollpräferenzen gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (hauptsächlich Entwick- lungsländer).</p>
<p>4.7.2 Tabaksteuer</p> <p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakerzeugnisse aus dem Herstellungsbetrieb²⁾ anzubringen und zu entwerfen sind. Sie wird fällig bei Zigaretten, Rauchtabak und Zigarettenhüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die bis zum 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. des nächsten Monats (für die vom 1.-15.12. bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27.12.), - für die nach dem 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. des nächsten Monats; <p>bei Zigarren und Zigarillos</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einem Steuerzeichenbezug wie oben - am 10. bzw. 25. des übernächsten Monats. 	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Feinschnitt (1984 95 % bzw. 4 % der gesamten Tabaksteuereinnahmen), Zigarren, Zigarillos, Pfeifen-, Schnupf-, Kautabak und Zigarettenhüllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zigaretten: 5,65 Pf/St + 31,5 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 9,0 Pf/St - Feinschnitt 8,40 DM/kg + 31,8 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 26 DM/kg
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze zwischen 3,60 DM je kg Rohkaffee, nicht entkoffeiniert, und DM 9,90 je kg Trockenmasse flüssiger Auszüge oder Essenzen aus entkoffeiniertem Kaffee.</p>

2) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p>	
<p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung, (Branntweinsteuer), - bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag³⁾), - bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich). <p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf den Übergang folgenden Monats für Branntwein, der im Oktober in den freien Verkehr übergegangen ist höchstens bis zum 27. Dezember.</p>	<p>2 550 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl für Branntwein (einschl. Substitutionsalkohole) zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p>
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p>	
<p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>Für eine ganze Flasche (0,75 l)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaumwein 2,- DM - Schaumweinähnliche Getränke 0,40 DM
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p>	
<p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Benzin 51,00 DM/hl, - Dieselmotorenkraftstoff und Schmieröl 53,25 DM/dt - Flüssiggas: 73,30 DM/dt. <ul style="list-style-type: none"> - Wird das Flüssiggas nach der Versteuerung mit anderem Mineralöl gemischt, gem. § 49 a MinöStDV, zusätzlich 14,65 DM/dt. - Unvermischt mit anderem Mineralöl gem. § 8 a Satz 2 MinöStG: 61,25 DM/dt. - Ermäßigte Sätze (1,50 DM/dt für schweres und 2 DM/dt für leichtes) Heizöl.

3) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2 (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.

4) Fußnotentext unter 4.7.2.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vierteljährliche Vorauszahlungen zum 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November; Jahressteuer (= bis zu 500 DM) zum 10. November. Nachzahlungen 1 bis 2 Jahre nach Stichtag. Wegen der normalerweise nur alle 3 Jahre durchgeführten Hauptveranlagung tritt der "Nachzahlungseffekt" kassenmäßig in einem Turnus von 3 Jahren in Erscheinung. Das Aufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 1/2 jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens für natürliche Personen, 0,6 vH für juristische Personen, Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM; außerdem unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlicher Freibetrag wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere Zwischenräume zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend persönliche Freibeträge zwischen 3 000 und 250 000 DM daneben ggf. besondere Freibeträge. Steuersätze je nach Höhe des Erwerbs und Steuerklasse des Erwerbers zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung.</p>	<p>2 vH des Wertes der Gegenleistung (z.B. Kaufpreis), wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, des Wertes des Grundstücks. Ausnahmen von der Besteuerung u.a. für den Grundstückserwerb von Todes wegen oder durch den Ehegatten des Veräußerers.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Festsetzung durch Steuerbescheid. I.d.R. jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen mit Zuschlägen von 3 bzw. 6 vH möglich. Das Aufkommen folgt mit mindestens einmonatiger Verzögerung der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes.</p>	<p>Jahressteuer für - Krafträder: 3,60 DM je 25 cm³ Hubraum - Pkw mit Hubkolbenantrieb: 14,40 DM je 100 cm³ Hubraum - alle anderen Fahrzeuge je nach Gewichtsklasse zwischen 22,- und 166,- DM je 200 kg Gesamtgewicht. Steuerermäßigungen von 50 % für Elektrofahrzeuge.</p>
<p><u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u></p> <p>4.12.1 Renn- und Sportwettsteuer 3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.</p> <p>4.12.2 Lotteriesteuer Vom Finanzamt festgelegte Fristen.</p>	<p>16 2/3 vH der Wetteinsätze.</p> <p>20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>Das Aufkommen an Rennwett- und Lotteriesteuer folgt der Wett- und Spielbeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	
<p><u>4.13 Biersteuer</u></p> <p>Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb⁷⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl (Haustunk steuerfrei); Vergünstigungen für Hausbrauer.</p>
<p><u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u></p> <p>Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet.</p> <p>Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.</p>	<p>Grundsteuer A</p> <ul style="list-style-type: none"> - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1983: 256 %). <p>Grundsteuer B</p> <ul style="list-style-type: none"> - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1983: 291 %). - Beschränkung auf Bodenwertanteile bei öffentlich geförderten oder begünstigten Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.
<p><u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u></p> <p>Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag⁸⁾ und das Gewerbekapital⁸⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.</p> <p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals.</p> <p>Freibeträge beim</p> <ul style="list-style-type: none"> Gewerbeertrag: 36 000 DM für natürliche Personen und Personengesellschaften Gewerbekapital: 120 000 DM. <p>Freigrenze: 5 000 DM beim Gewerbeertrag für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, kirchlichen u.ä. Körperschaften.</p> <p>Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1983: 349 %).</p>

7) Fußnotentext unter 4.7.2.

8) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzu-rechnungen und Kürzungen abgeleitet.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung bis zum 1. Mai, 1. August und 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>

9) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.

5 Bemerkungen zu den Ergebnissen

Nachstehend wird die Einnahmeentwicklung

- der finanziell bedeutendsten Steuern
- der Steuern mit besonders auffallenden Änderungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum

kurz kommentiert. Sofern nichts anderes vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Jahresergebnis.

Lohnsteuer (+ 5,8 %)

Entsprechend der niedrigen Zunahme der Brutto-lohn- und -gehaltsumme (einschl. Beamtenpensionen) im Jahre 1984 lagen die Einnahmen aus der Lohnsteuer nur um 5,8 % über dem Ergebnis von 1983. Das Aufkommen ist gemindert um Erstattungen im Lohnsteuer-Jahresausgleich sowie um Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz, Arbeitnehmer-Zulagen nach dem Berlinförderungsgesetz und Bergmannsprämien (s. Tabelle 1.9). Die Lohnsteuer als besondere Erhebungsform der Einkommensteuer überschneidet sich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer bei der Veranlagung von Arbeitnehmern gem. § 46 EStG in der Weise, daß Erstattungen und Nachzahlungen nicht bei der Lohnsteuer, sondern bei der veranlagten Einkommensteuer gebucht werden (s. Tabelle 1.10). Um diese statistischen Überschneidungen zu relativieren, empfiehlt es sich, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer in einer Summe darzustellen. Die Summe belief sich auf 162,7 Mrd. DM, womit das Ergebnis von 1983 um 5,5 Mrd. DM (+ 3,5 %) übertroffen wurde.

Veranlagte Einkommensteuer (- 6,7 %)

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer blieben zwar um 6,7 % hinter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis zurück, doch waren im September 1984 (dritter Vorauszahlungstermin) mit + 3,1 % und im Dezember 1984 (vierter Vorauszahlungstermin) mit + 2,5 % positive Veränderungsdaten zu verzeichnen. Neben steuerlichen Entlastungsmaßnahmen der letzten Jahre trug ein starker

Anstieg der o.e. Erstattungsbeträge gem. § 46 EStG für Arbeitnehmerveranlagungen zum Aufkommensrückgang bei. Zu berücksichtigen ist, daß die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer des weiteren um die Investitionszulagen gem. §§ 1, 4, 4 a und 4 b Investitionszulagengesetz sowie § 19 Berlinförderungsgesetz gekürzt werden (s. Tabelle 1.11). Insbesondere Investitionszulagen im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung wurden 1984 verstärkt in Anspruch genommen. Nach Berechnungen des BMF ergab sich - unter Ausschluß der o.g. Kürzungsbeträge - für die veranlagte Einkommensteuer 1984 ein fiktives Bruttoaufkommen von 43,1 Mrd. DM (+ 0,6 Mrd. DM oder + 1,3 % gegenüber dem vergleichbaren Betrag 1983).

Kapitalertragsteuer (+ 18,7 %)

In der Wachstumsrate spiegeln sich die höheren Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften wieder.

Körperschaftsteuer (+ 11,1 %)

Die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer verlief günstiger als bei der veranlagten Einkommensteuer. Auch die Körperschaftsteuer wird um die Investitionszulagen nach den §§ 1, 4, 4 a und 4 b Investitionszulagengesetz und § 19 BerlinFG gekürzt (s. Tabelle 1.11). Rechnet man diese - fiktiv - hinzu, so ergibt sich lt. BMF ein Bruttoaufkommen von 29,8 Mrd. DM (+ 4,3 Mrd. DM oder + 17,1 % gegenüber 1983).

Steuern vom Umsatz (+ 4,4 %)

In der Zunahme der Steuern vom Umsatz spiegeln sich zwei gegenläufige Entwicklungen wider. Während die Umsatzsteuer um 6,2 % unter ihrem Vorjahreswert zurückblieb, übertraf die Einfuhrumsatzsteuer ihr Vorjahresergebnis um 17,8 %. Verantwortlich für diese Entwicklung dürfte vor allem die Ausweitung des Außenhandelsvolumens gewesen sein: Die hohen Importe schlugen sich deutlich im Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer nieder, während das Aufkommen an Umsatzsteuer zum

einen durch die stark angestiegenen steuerfreien Exporte und damit zusammenhängende abzugsfähige Vorsteuern, zum anderen durch die ebenfalls vorsteuerabzugsberechtigte Einfuhrumsatzsteuer geschmälert wurde. Außerdem kam es zu - vom Arbeitskreis "Steuerschätzungen" für das Jahr 1984 auf 1,6 Mrd. DM veranschlagten - Steuerausfällen infolge der Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft zum 1. Juli 1984.

Zölle (+ 12,3 %)

Die Erhöhung korrespondiert mit gestiegenen Wareneinfuhren.

Tabaksteuer (+ 4,0 %)

Die Mehreinnahmen sind weitgehend verbrauchsbedingt.

Mineralölsteuer (+ 3,0 %)

Die Mehreinnahmen sind weitgehend verbrauchsbedingt. Von den Gesamteinnahmen entfielen 772 Mill. DM auf Heizölsteuer (- 1,3 %) und 23,3 Mrd. DM auf Steuer für andere Mineralöle (+ 3,1 %).

Vermögensteuer (- 10,0 %)

Die Erleichterungen bei der ertragsunabhängigen Vermögensteuer im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 fanden in rückläufigen Kasseneinnahmen ihren entsprechenden Niederschlag.

Gewerbsteuer (+ 8,2 %)

Konjunkturbedingt hohe Zuwächse der Unternehmensgewinne sowie Hebesatzanhebungen durch die Gemeinden konnten die Auswirkungen der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen der letzten Jahre überkompensieren und führten somit zu der relativ günstigen Entwicklung.

Umsatzsteueranteile von Bund (+ 2,7 %) und Ländern (+ 7,5 %)

Die unterschiedliche Entwicklung geht auf die Änderung des Beteiligungsverhältnisses zwischen Bund und Ländern (1983: 66,5 zu 33,5 %; 1984: 65,5 zu 34,5 %) zurück.

T a b e l l e n t e i l

1 Zusammenfassende Übersichten

1.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1984	4. Vj 1983	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	116 288,2	113 137,6	+ 3 150,5	+ 2,8
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	84 944,1	83 053,3	+ 1 890,8	+ 2,3
Lohnsteuer	40 123,6	38 758,2	+ 1 365,3	+ 3,5
Veranlagte Einkommensteuer	7 694,8	7 856,9	- 162,1	- 2,1
Kapitalertragsteuer	737,5	578,7	+ 158,8	+ 27,4
Körperschaftsteuer	7 903,2	7 332,3	+ 570,9	+ 7,8
Umsatzsteuer	14 009,3	15 307,6	- 1 298,2	- 8,5
Einfuhrumsatzsteuer	14 475,6	13 219,6	+ 1 256,1	+ 9,5
Bundessteuern	17 869,7	17 074,6	+ 795,1	+ 4,7
Gesellschaftsteuer	78,0	70,8	+ 7,2	+ 10,2
Börsenumsatzsteuer	97,5	66,5	+ 31,1	+ 46,8
Versicherungsteuer	399,7	398,2	+ 1,5	+ 0,4
Wechselsteuer	101,5	101,2	+ 0,3	+ 0,3
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) ...	17 190,5	16 432,6	+ 758,0	+ 4,6
Zölle (100 %)	1 448,0	1 291,8	+ 156,2	+ 12,1
Tabaksteuer	5 243,7	4 772,8	+ 470,9	+ 9,9
Kaffeesteuer	398,2	398,4	- 0,2	- 0,1
Zuckersteuer	42,8	42,4	+ 0,4	+ 1,0
Branntweinabgaben	1 387,0	1 341,6	+ 45,4	+ 3,4
Schaumweinsteuer	235,7	230,5	+ 5,2	+ 2,3
Mineralölsteuer	8 376,0	8 300,1	+ 76,0	+ 0,9
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	59,1	55,0	+ 4,1	+ 7,4
Ergänzungsabgabe	2,5	5,4	- 2,9	- 54,4
Landessteuern	4 399,2	4 573,5	- 174,4	- 3,8
Vermögensteuer	1 160,4	1 310,0	- 149,6	- 11,4
Erbschaftsteuer	373,0	342,0	+ 31,0	+ 9,1
Grunderwerbsteuer	527,7	619,2	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	1 586,3	1 561,1	+ 25,1	+ 1,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	367,0	359,6	+ 7,3	+ 2,0
dar.: Lotteriesteuer	326,6	315,6	+ 11,0	+ 3,5
Biersteuer	318,0	319,6	- 1,6	- 0,5
Feuerschutzsteuer.....	66,8	61,9	+ 4,9	+ 7,9
Gemeindesteuern	9 075,2	8 436,2	+ 639,0	+ 7,6
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	108,0	105,3	+ 2,6	+ 2,5
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 426,8	1 365,3	+ 61,4	+ 4,5
Gewerbsteuer	7 244,5	6 507,8	+ 736,7	+ 11,3
Grunderwerbsteuer	189,3	358,9	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	106,6	98,9	+ 7,7	+ 7,8
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	717,1	978,1	- 261,1	- 26,7

1) Siehe Tab. 2, lfd. Nr. 17, 21 und 23.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.2 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1984	4. Vj 1983	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	120 902,6	117 821,2	+ 3 081,4	+ 2,6
EG-Anteile an Zöllen	1 432,2	1 271,5	+ 160,7	+ 12,6
EG-Anteile Umsatzsteuer	2 371,6	3 596,8	- 1 225,2	- 34,1
Steuereinnahmen des Bundes	58 366,2	55 995,6	+ 2 370,6	+ 4,2
Bundessteuern ¹⁾	16 437,5	15 803,0	+ 634,5	+ 4,0
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) ..	20 322,8	19 811,4	+ 511,4	+ 2,6
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 320,4	3 955,5	+ 364,8	+ 9,2
Umsatzsteuern ²⁾ (65,5 bzw. 66,5 %)	16 286,1	15 373,8	+ 912,3	+ 5,9
Gewerbesteuerumlage (50 %)	999,4	1 051,8	- 52,4	- 5,0
Steuereinnahmen der Länder	39 869,1	38 948,9	+ 920,2	+ 2,4
Landessteuern	4 399,2	4 573,5	- 174,4	- 3,8
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) ..	20 322,8	19 811,4	+ 511,4	+ 2,6
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 320,4	3 955,5	+ 364,8	+ 9,2
Umsatzsteuern (34,5 bzw. 33,5 %)	9 827,3	9 556,6	+ 270,7	+ 2,8
Gewerbesteuerumlage (50 %)	999,4	1 051,8	- 52,4	- 5,0
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	2 895,7	2 924,8	- 29,1	- 1,0
Länder ohne Stadtstaaten	36 973,4	36 024,1	+ 949,3	+ 2,6
Steuereinnahmen der Gemeinden	18 863,6	18 008,4	+ 855,1	+ 4,7
Gewerbesteuer (100 %)	7 244,5	6 507,8	+ 736,7	+ 11,3
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	1 971,6	2 065,8	- 94,3	- 4,6
Gewerbesteuer (netto)	5 272,9	4 442,0	+ 831,0	+ 18,7
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten				
Einkommensteuer	11 760,0	11 638,1	+ 121,9	+ 1,0
Übrige Gemeindesteuern	1 830,7	1 928,4	- 97,8	- 5,1
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	1 144,4	1 076,7	+ 67,7	+ 6,3
Gemeinden/Gv.	17 719,1	16 931,7	+ 787,4	+ 4,7
Kreisfreie Städte	6 963,2	6 536,0	+ 427,1	+ 6,5
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	10 644,1	10 172,2	+ 471,8	+ 4,6
mit weniger als 10 000 Einwohnern	3 527,5	3 385,0	+ 142,5	+ 4,2
mit 10 000 Einwohnern und mehr	7 116,6	6 787,3	+ 329,3	+ 4,9
Landkreise	111,9	223,5	- 111,6	- 49,9
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,3	0,7	- 0,3	- 48,6

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden
nach Ländern
Mill.DM

Land	Viertel- jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemein- schaft- steuern	Bundes- steuern	Landes- steuern	Gemeinde- steuern	ins- gesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	4./84	84 944,1	17 869,7	4 399,2	9 075,2	116 288,2	39 869,1	18 863,6
	4./83	83 053,3	17 074,6	4 573,5	8 436,2	113 137,6	38 948,9	18 008,4
Schleswig-Holstein ...	4./84	2 265,3	183,5	153,2	263,5	2 865,4	1 480,3	702,0
	4./83	2 286,1	182,4	157,3	235,3	2 861,1	1 427,5	662,3
Niedersachsen	4./84	6 627,5	692,7	452,4	857,0	8 629,7	4 160,1	1 888,5
	4./83	6 809,1	667,8	499,4	831,8	8 808,1	4 131,7	1 922,3
Nordrhein-Westfalen ..	4./84	25 847,2	4 602,0	1 068,0	2 630,6	34 147,7	10 964,3	5 615,0
	4./83	25 399,6	4 843,6	1 157,0	2 541,5	33 941,7	10 764,9	5 444,5
Hessen	4./84	8 656,2	805,5	413,4	909,2	10 784,2	3 911,3	1 857,7
	4./83	8 328,7	762,2	403,1	884,5	10 378,5	3 701,1	1 762,0
Rheinland-Pfalz	4./84	3 855,6	514,6	218,0	510,4	5 098,7	2 188,7	833,6
	4./83	3 846,8	648,6	217,0	378,7	5 091,1	2 130,0	705,3
Baden-Württemberg	4./84	14 001,6	1 497,0	755,9	1 462,9	17 717,4	6 542,9	3 089,7
	4./83	13 701,4	1 365,9	766,5	1 347,5	17 181,3	6 479,2	2 926,7
Bayern	4./84	14 410,6	1 010,1	881,2	1 540,3	17 842,1	7 125,0	3 487,8
	4./83	13 513,1	933,2	900,5	1 395,9	16 742,7	6 809,0	3 274,7
Saarland	4./84	1 111,0	45,2	65,0	111,7	1 332,9	600,8	244,9
	4./83	1 026,1	41,1	63,8	102,2	1 233,2	580,7	233,9
Hamburg	4./84	5 337,0	4 475,1	176,1	440,5	10 428,7	1 421,3	638,1
	4./83	5 368,3	4 240,0	202,9	423,5	10 234,7	1 486,9	617,1
Bremen	4./84	1 292,3	299,8	59,5	143,2	1 794,7	485,1	225,2
	4./83	1 224,0	324,9	52,9	121,7	1 723,5	449,4	198,3
Berlin (West)	4./84	1 539,9	3 744,2	156,6	205,9	5 646,6	989,3	281,1
	4./83	1 550,3	3 064,9	153,2	173,5	4 941,9	988,5	261,3

1 Zusammenfassende Übersichten

1.4 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1984	1983	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	414 695,1	396 572,7	+ 18 122,4	+ 4,6
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	305 103,6	291 419,2	+ 13 684,4	+ 4,7
Lohnsteuer	136 349,7	128 888,8	+ 7 460,8	+ 5,8
Veranlagte Einkommensteuer	26 367,6	28 275,5	- 1 907,9	- 6,7
Kapitalertragsteuer	5 591,2	4 709,0	+ 882,3	+ 18,7
Körperschaftsteuer	26 312,0	23 674,9	+ 2 637,1	+ 11,1
Umsatzsteuer	55 500,3	59 189,8	- 3 689,4	- 6,2
Einfuhrumsatzsteuer	54 982,8	46 681,3	+ 8 301,6	+ 17,8
Bundessteuern	54 059,4	52 115,3	+ 1 944,1	+ 3,7
Gesellschaftsteuer	355,6	348,0	+ 7,7	+ 2,2
Börsenumsatzsteuer	341,1	306,7	+ 34,4	+ 11,2
Versicherungsteuer	2 275,7	2 164,5	+ 111,3	+ 5,1
Wechselsteuer	405,8	395,8	+ 10,0	+ 2,5
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) .	50 664,6	48 879,2	+ 1 785,4	+ 3,7
Zölle (100 %)	5 331,9	4 745,9	+ 585,9	+ 12,3
Tabaksteuer	14 429,1	13 880,7	+ 548,4	+ 4,0
Kaffeesteuer	1 569,2	1 588,0	- 18,8	- 1,2
Zuckersteuer	139,3	139,2	+ 0,0	+ 0,0
Branntweinabgaben	4 238,4	4 276,8	- 38,4	- 0,9
Schaumweinsteuer	695,2	682,7	+ 12,5	+ 1,8
Mineralölsteuer	24 033,4	23 338,0	+ 695,3	+ 3,0
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	228,2	227,9	+ 0,3	+ 0,1
Ergänzungsabgabe	16,5	21,1	- 4,6	- 21,8
Landessteuern	18 581,4	18 377,4	+ 203,9	+ 1,1
Vermögensteuer	4 492,3	4 992,3	- 500,0	- 10,0
Erbchaftsteuer	1 568,3	1 432,9	+ 135,4	+ 9,4
Grunderwerbsteuer	2 234,0	1 940,3	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	7 283,8	6 983,8	+ 299,9	+ 4,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 419,0	1 428,9	- 9,9	- 0,7
dar.: Lotteriesteuer	1 261,9	1 269,5	- 7,6	- 0,6
Biersteuer	1 254,6	1 295,5	- 41,0	- 3,2
Feuerschutzsteuer.....	329,4	303,8	+ 25,6	+ 8,4
Gemeindesteuern	36 950,7	34 660,7	+ 2 290,0	+ 6,6
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	435,3	431,1	+ 4,1	+ 1,0
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	6 667,5	6 336,1	+ 331,5	+ 5,2
Gewerbsteuer	28 320,1	26 184,4	+ 2 135,7	+ 8,2
Grunderwerbsteuer	967,6	1 214,9	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	560,2	494,2	+ 66,0	+ 13,4
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	3 201,7	3 155,1	+ 46,6	+ 1,5

1) Siehe Tab. 6, lfd. Nr. 17, 21 und 23.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.5 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1984	1983	Veränderung	
	Mill. DM		%	
Steuereinnahmen insgesamt	414 573,2	396 511,3	+ 18 061,9	+ 4,6
EG-Anteile an Zöllen	5 256,7	4 656,6	+ 600,2	+ 12,9
EG-Anteile Umsatzsteuer	9 478,5	9 173,0	+ 305,5	+ 3,3
Steuereinnahmen des Bundes	198 864,5	191 865,4	+ 6 999,1	+ 3,6
Bundessteuern ¹⁾	48 802,7	47 458,8	+ 1 343,9	+ 2,8
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	69 154,8	66 794,8	+ 2 360,0	+ 3,5
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	15 951,6	14 191,9	+ 1 759,7	+ 12,4
Umsatzsteuern ²⁾ (65,5 bzw. 66,5 %)	62 888,0	61 231,2	+ 1 656,8	+ 2,7
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 067,3	2 188,6	- 121,3	- 5,5
Steuereinnahmen der Länder	143 871,8	137 019,6	+ 6 852,2	+ 5,0
Landessteuern	18 581,4	18 377,4	+ 203,9	+ 1,1
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	69 154,8	66 794,8	+ 2 360,0	+ 3,5
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	15 951,6	14 191,9	+ 1 759,7	+ 12,4
Umsatzsteuern (34,5 bzw. 33,5 %)	38 116,7	35 466,8	+ 2 649,9	+ 7,5
Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 067,3	2 188,6	- 121,3	- 5,5
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	10 639,9	10 399,6	+ 240,3	+ 2,3
Länder ohne Stadtstaaten	133 232,0	126 620,0	+ 6 611,9	+ 5,2
Steuereinnahmen der Gemeinden	57 101,8	53 796,8	+ 3 305,0	+ 6,1
Gewerbsteuer (100 %)	28 320,1	26 184,4	+ 2 135,7	+ 8,2
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 146,0	4 358,4	- 212,4	- 4,9
Gewerbsteuer (netto)	24 174,1	21 826,0	+ 2 348,1	+ 10,8
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	24 297,1	23 494,4	+ 802,6	+ 3,4
Übrige Gemeindesteuern	8 630,6	8 476,3	+ 154,3	+ 1,8
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	4 486,5	4 258,1	+ 228,4	+ 5,4
Gemeinden/Gv.	52 615,3	49 538,7	+ 3 076,6	+ 6,2
Kreisfreie Städte	21 726,6	20 052,3	+ 1 674,3	+ 8,3
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	30 266,2	28 703,7	+ 1 562,4	+ 5,4
mit weniger als 10 000 Einwohnern	9 805,3	9 341,4	+ 463,9	+ 5,0
mit 10 000 Einwohnern und mehr	20 460,8	19 362,3	+ 1 098,5	+ 5,7
Landkreise	622,5	782,6	- 160,2	- 20,5
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	1,8	2,2	- 0,4	- 18,7

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.6 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden
nach Ländern
Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemeinschaftsteuern	Bundessteuern	Landesteuern	Gemeindesteuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1984	305 103,6	54 059,4	18 581,4	36 950,7	414 695,1	143 871,8	57 101,8
	1983	291 419,2	52 115,3	18 377,4	34 660,7	396 572,7	137 019,6	53 796,8
Schleswig-Holstein ...	1984	8 428,9	604,8	658,9	1 070,1	10 762,7	5 455,2	1 894,8
	1983	8 245,7	601,9	656,7	1 044,1	10 548,4	5 182,3	1 820,9
Niedersachsen	1984	24 289,1	2 252,1	1 833,4	3 502,0	31 876,5	14 975,7	5 512,0
	1983	23 680,1	2 131,0	1 799,0	3 267,3	30 877,4	14 261,4	5 258,1
Nordrhein-Westfalen ..	1984	92 435,4	14 329,2	4 698,7	10 574,5	122 037,8	39 172,6	16 373,2
	1983	88 133,4	14 745,5	4 790,6	9 921,1	117 590,6	37 649,2	15 377,9
Hessen	1984	30 538,6	2 701,3	1 836,1	3 654,9	38 730,8	14 052,2	5 645,3
	1983	28 673,0	2 552,4	1 740,5	3 592,2	36 558,1	13 051,2	5 426,5
Rheinland-Pfalz	1984	13 540,8	1 797,5	882,3	2 073,0	18 293,6	7 793,0	3 132,4
	1983	12 837,8	1 967,8	907,9	1 750,9	17 464,5	7 405,3	2 776,4
Baden-Württemberg	1984	50 605,2	4 579,3	3 131,8	6 078,6	64 394,9	23 725,3	9 320,8
	1983	48 941,8	4 511,6	2 992,7	5 835,9	62 281,9	22 712,3	8 880,6
Bayern	1984	51 203,7	3 388,4	3 692,3	6 443,5	64 727,9	25 905,7	10 009,4
	1983	48 416,1	3 198,3	3 565,3	5 892,6	61 072,3	24 307,5	9 286,3
Saarland	1984	4 111,2	149,1	253,1	456,2	4 969,6	2 152,3	727,4
	1983	3 744,2	164,0	260,8	448,6	4 617,7	2 050,9	711,9
Hamburg	1984	19 978,6	12 986,5	737,6	1 745,9	35 448,6	5 357,5	2 539,6
	1983	19 182,4	12 397,6	816,0	1 623,0	34 019,1	5 273,9	2 389,6
Bremen	1984	4 534,7	1 122,7	207,6	523,0	6 388,0	1 651,6	776,2
	1983	4 325,4	1 163,4	217,3	559,9	6 266,0	1 642,4	796,5
Berlin (West)	1984	5 437,6	10 148,6	649,6	828,9	17 064,7	3 630,7	1 170,6
	1983	5 239,3	8 681,7	630,5	725,2	15 276,7	3 483,3	1 071,9

1 Zusammenfassende Übersichten

1.7 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote

Jahr	Bruttosozial- produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt 2)	
		Mrd. DM	in % des Brutto- sozialprodukts
1980	1 485,7	364,9	24,6
1981	1 545,1	370,3	24,0
1982	1 599,1	378,7	23,7
1983	1 671,6	396,5	23,8
1984	1 747,7	414,6	23,7

1) Ab 1982 vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Lastenausgleichsabgaben.

1.8 Entwicklung ausgewählter Steuerarten
in den einzelnen Vierteljahren 1984

§

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 11,2	+ 6,0	+ 3,6	+ 3,5
Veranlagte Einkommensteuer	- 7,2	- 6,6	- 11,6	- 2,1
Kapitalertragsteuer	+ 23,6	+ 9,8	+ 18,8	+ 27,4
Körperschaftsteuer	+ 10,3	+ 16,7	+ 10,5	+ 7,8
Umsatzsteuer	- 2,4	- 2,8	- 11,2	- 8,5
Einfuhrumsatzsteuer	+ 25,6	+ 22,6	+ 15,3	+ 9,5
Gesellschaftsteuer	+ 12,2	- 20,4	+ 15,1	+ 10,2
Versicherungsteuer	+ 8,1	+ 2,5	+ 6,5	+ 0,4
Wechselsteuer	+ 5,2	- 8,8	+ 13,4	+ 0,3
Zölle	+ 15,7	+ 10,5	+ 11,3	+ 12,1
Tabaksteuer	+ 2,2	+ 2,4	- 1,4	+ 9,9
Kaffeesteuer	- 2,7	- 12,4	+ 12,0	- 0,1
Branntweinabgaben	- 1,0	- 5,8	- 1,6	+ 3,4
Schaumweinsteuer	+ 2,2	+ 12,6	- 8,2	+ 2,3
Mineralölsteuer	+ 1,9	+ 8,5	+ 1,5	+ 0,9
Biersteuer	+ 0,9	- 1,5	- 9,6	- 0,5
Vermögensteuer	- 9,3	- 10,6	- 8,6	- 11,4
Erbschaftsteuer	+ 42,0	+ 5,6	- 12,8	+ 9,1
Kraftfahrzeugsteuer	+ 8,9	+ 4,9	+ 2,0	+ 1,6
Rennwett- u. Lotteriesteuer	- 0,4	- 1,4	- 3,0	+ 2,0
Feuerschutzsteuer	+ 12,6	- 6,4	+ 11,0	+ 7,9
Grunderwerbsteuer 1)	+ 61,1	- 2,9	- 1,9	- 26,7
Gewerbsteuer	+ 8,7	+ 6,2	+ 6,4	+ 11,3
Grundsteuer B	+ 8,0	+ 2,2	+ 6,4	+ 4,5

1) Staatliche und kommunale Anteile, siehe Textteil,
Pkt. 2.5.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.9 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparszulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) 1)	Arbeitnehmer- zulage (Berlinförderungsgesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- 2) ausgleich
1975	2,90	1,56	0,14	6,94
1976	3,00	1,72	0,11	5,48
1977	3,10	1,75	0,11	5,87
1978	3,16	1,85	0,11	6,19
1979	3,10	1,90	0,11	6,05
1980	3,30	2,25	0,17	5,86
1981	3,37	2,35	0,23	6,90
1982	1,90	2,35	0,24	6,78
1983	1,90 ^{a)}	2,35 ^{a)}	0,22	6,43
1984	1,95	2,45	0,24	5,92

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.
a) Berichtigte Zahl.

1.10 Aus dem Est-Aufkommen geleistete Erstattungen
an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EstG

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1975	4,57	1980	8,12
1976	4,09	1981	10,39
1977	5,13	1982	11,87
1978	6,04	1983	12,94
1979	6,86	1984	14,20

1.11 Investitionszulagen*)

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an					
	veranlagter Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
§ 4a		§ 4b	§ 4a		§ 4b	
		InvZulG 1975			InvZulG 1975	
1975	412	1	64	797	9	37
1976	2 588	11	2 239	2 741	17	1 965
1977	2 011	5	1 649	2 858	48	2 093
1978	805	4	474	1 355	61	679
1979	447	2	66	1 018	67	296
1980	508	4	14	941	78	48
1981	614	11	5	1 224	94	- 4
1982	565	28	7	1 214	154	6
1983	1 366	13	839	1 797	219	508
1984	2 562	23	2 027	3 505	255	2 066

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungsgesetz; ab Berichtsjahr 1975 einschl. Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1975 (§ 4a: Zulagen

für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, § 4b: Zulagen zur Konjunkturbelebung).

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	84 944 111	2 265 286	6 627 526	25 847 187	8 656 180
2	Lohnsteuer	40 123 581	1 225 075	3 666 190	11 462 930	4 289 270
3	Veranlagte Einkommensteuer	7 694 824	237 425	621 482	2 559 993	566 718
4	Kapitalertragsteuer	737 501	18 314	32 441	163 607	210 453
5	Körperschaftsteuer	7 903 220	192 665	502 327	1 963 752	979 502
6	Umsatzsteuer	14 009 341	293 315	894 026	4 427 814	1 160 842
7	Einfuhrumsatzsteuer	14 475 644	298 492	911 059	5 269 091	1 449 395
8	Bundessteuern	17 869 694	183 499	692 731	4 601 960	805 466
9	Gesellschaftsteuer	78 009	1 275	3 214	20 348	17 575
10	Börsenumsatzsteuer	97 535	670	1 914	19 761	36 688
11	Versicherungsteuer	399 672	3 091	33 512	111 252	49 655
12	Wechselsteuer	101 491	1 336	5 450	26 778	21 094
13	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	17 190 533	177 074	648 505	4 423 244	680 304
14	Zölle (100 %)	1 447 979	23 113	59 795	380 170	200 610
15	Tabaksteuer	5 243 711	31	49	1 276 122	30
16	Kaffeesteuer	398 211	3 375	28 106	31 459	644
17	Teesteuer	15 452	547	5 014	3 191	1 038
18	Zuckersteuer	42 826	1 592	9 333	13 509	1 382
19	Branntweinabgaben	1 387 014	129 981	186 331	373 585	90 774
20	Schaumweinsteuer	235 694	797	746	9 587	76 038
21	Leuchtmittelsteuer	31 645	158	1 016	12 947	2 517
22	Mineralölsteuer	8 376 030 ^{a)}	17 479	352 221	2 321 174	307 268
23	Sonstige (vorwiegend Salzsteuer)	11 971	1	5 894	1 500	3
24	Ergänzungsabgabe	2 454	53	136	577	150

a) Darunter 236 569 (000) DM Heizölsteuer.

Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1984

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
3 855 647	14 001 565	14 410 630	1 110 960	76 774 981	5 336 971	1 292 253	1 539 905	8 169 129	1
1 831 688	6 757 354	6 885 284	578 901	36 696 692	2 109 391	580 472	737 025	3 426 888	2
367 026	1 294 024	1 286 852	33 192	6 966 713	390 290	164 679	173 142	728 111	3
29 957	125 026	77 069	14 921	671 788	32 321	4 865	28 527	65 713	4
389 564	1 846 389	1 461 777	45 996	7 381 972	390 206	56 059	74 984	521 249	5
738 676	2 165 758	2 689 454	177 862	12 547 747	913 385	145 574	402 633	1 461 592	6
498 736	1 813 014	2 010 194	260 088	12 510 069	1 501 378	340 604	123 594	1 965 576	7
514 612	1 496 981	1 010 054	45 237	9 350 540	4 475 140	299 781	3 744 229	8 519 150	8
2 098	11 880	7 343	639	64 372	8 458	949	4 230	13 637	9
926	8 724	15 552	419	84 654	8 184	536	4 160	12 880	10
3 844	35 660	93 059	2 685	332 758	58 020	3 538	5 355	66 913	11
2 922	16 321	13 066	1 367	88 334	7 166	4 647	1 344	13 255	12
504 776	1 424 177	880 747	40 149	8 778 976	4 392 652	289 810	3 729 093	8 411 555	13
40 162	142 426	250 169	5 185	1 101 630	246 700	70 392	29 256	346 348	14
30	528 271	87	2	1 804 622	34	30	3 439 023	3 439 087	15
13 071	2 246	4 651	7	83 559	47 725	153 487	113 448	314 655	16
5	668	190	0	10 653	3 166	1 567	66	4 799	17
15	11 234	3 775	171	41 011	1 191	162	462	1 815	18
198 957	57 485	115 846	5 093	1 158 052	76 148	44 117	108 698	228 963	19
99 268	12 389	28 843	4 808	232 476	2 006	526	685	3 217	20
82	1 456	9 870	80	28 126	173	28	3 317	3 518	21
152 985	666 399	464 961	24 680	4 307 167	4 015 556	19 496	33 809	4 068 861	22
201	1 603	2 355	123	11 679	- 47	5	334	292	23
46	219	287	- 22	1 446	660	301	48	1 009	24

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r der
25	Landessteuern	4 399 173	153 184	452 444	1 067 982	413 394
26	Vermögenssteuer	1 160 377	28 838	104 038	312 609	126 557
27	Erbschaftsteuer	373 036	12 472	39 115	71 355	21 963
28	Grunderwerbsteuer	527 727	31 777	63 191	67 426	56 198
29	Kraftfahrzeugsteuer	1 586 260	57 604	181 433	411 539	151 028
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	366 950	15 335	34 324	103 738	31 134
31	Totalisatorsteuer	24 292	582	338	11 008	958
32	Andere Rennwettsteuer	4 192	21	340	2 087	674
33	Lotteriesteuer	326 646	14 752	33 647	86 487	27 988
34	Sportwettsteuer ¹⁾	11 820	-	-	4 157	1 513
35	Feuerschutzsteuer	66 809	1 331	4 398	7 131	797
36	Biersteuer	318 004	5 807	25 945	94 184	25 717
37	Sonstige	10	-	- 0	-	-
38	Gemeindesteuern	9 075 177	263 467	857 011	2 630 583	909 193
39	Grundsteuern	1 534 722	60 721	191 927	414 129	128 151
40	Gewerbsteuer (100 %)	7 244 518	194 872	639 722	2 061 290	753 942
41	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	295 940	7 874	25 362	155 164	27 100
42	Steuereinnahmen insgesamt	116 288 155	2 865 436	8 629 712	34 147 712	10 784 233
						n a c h der
43	EG-Anteile an Zöllen	1 432 211	x	x	x	x
44	EG-Anteile Umsatzsteuer	2 371 594	x	x	x	x
45	Steuereinnahmen des Bundes	58 366 156	x	x	x	x
46	Bundessteuern ²⁾	16 437 483	x	x	x	x
47	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	24 643 183	x	x	x	x
48	Umsatzsteuern ³⁾ (65,5 %)	16 286 071	x	x	x	x
49	Gewerbsteuerumlage (50 %)	999 419	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen der Länder	39 869 095	1 480 285	4 160 085	10 964 297	3 911 346
51	Landessteuern	4 399 173	153 184	452 444	1 067 982	413 394
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	24 643 183	874 875	2 314 544	6 952 919	2 573 612
53	Umsatzsteuern (34,5 %)	9 827 320	421 078	1 296 052	2 686 668	828 745
54	Gewerbsteuerumlage (50 %)	999 419	31 148	97 045	256 728	95 595
55	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	18 863 574	701 952	1 888 453	5 615 041	1 857 688
56	Gemeindesteuern	9 075 177	263 467	857 011	2 630 583	909 193
57	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 971 580	62 297	194 038	513 454	191 240
58	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	11 759 972	500 782	1 225 480	3 497 912	1 139 735
59	Steuereinnahmen insgesamt	120 902 630	x	x	x	x
	Außerdem:					
60	Lastenausgleichsabgaben	345	35	0	27	135

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1984

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
217 999	755 870	881 166	64 984	4 007 023	176 117	59 463	156 566	392 146	25
48 952	203 272	204 453	11 009	1 039 728	68 497	13 448	38 705	120 650	26
21 288	62 230	82 766	2 555	313 744	25 696	12 200	21 397	59 293	27
-	118 025	140 274	3 152	480 043	19 151	2 595	25 937	47 683	28
96 984	277 780	280 449	29 659	1 486 476	39 282	18 432	42 069	99 783	29
25 951	53 744	55 683	6 094	326 003	16 115	3 918	20 890	40 923	30
1	514	4 818	0	18 219	1 945	122	4 004	6 071	31
-	392	127	10	3 651	473	0	65	538	32
25 950	49 674	48 305	6 084	292 887	13 141	3 797	16 820	33 758	33
-	3 162	2 431	-	11 263	556	-	-	556	34
7 124	4 411	40 052	780	66 024	- 82	393	475	786	35
17 700	36 398	77 489	11 735	294 975	7 458	8 477	7 093	23 028	36
-	10	-	-	10	-	-	-	-	37
510 435	1 462 857	1 540 293	111 725	8 285 564	440 509	143 241	205 863	789 613	38
81 646	188 210	299 765	25 431	1 389 970	74 331	26 636	43 782	144 749	39
389 838	1 279 048	1 220 003	80 347	6 619 062	353 555	112 434	159 467	625 456	40
38 951	- 4 401	20 525	5 957	276 532	12 623	4 171	2 614	19 408	41
5 098 693	17 717 273	17 842 143	1 332 906	98 418 108	10 428 737	1 794 738	5 646 563	17 870 038	42

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	43
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
2 188 685	6 542 857	7 125 030	600 806	36 973 391	1 421 322	485 105	989 272	2 895 699	50	
217 999	755 870	881 166	64 984	4 007 023	176 117	59 463	156 566	392 146	51	
1 334 180	4 223 364	4 290 827	301 326	22 865 647	962 295	319 012	496 228	1 777 535	52	
583 481	1 386 311	1 765 522	224 191	9 192 048	237 640	99 322	298 310	635 272	53	
53 025	177 312	187 515	10 305	908 673	45 270	7 308	38 168	90 746	54	
833 594	3 089 726	3 487 836	244 859	17 719 149	638 088	225 242	281 089	1 144 419	55	
510 435	1 462 857	1 540 293	111 725	8 285 564	440 509	143 241	205 863	789 613	56	
58 679	354 604	394 227	21 550	1 790 089	90 539	14 616	76 336	181 491	57	
381 838	1 981 473	2 341 770	154 684	11 223 674	288 118	96 617	151 562	536 297	58	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	59
15	101	- 18	-	295	4	35	11	50	60	

3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	107 958	7 061	23 407	11 939	6 527
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 426 764	53 660	168 520	402 190	121 624
3	Gewerbesteuer	7 244 520	194 872	639 722	2 061 290	753 942
4	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	1 971 580	62 297	194 038	513 454	191 240
5	Gewerbesteuer (netto)	5 272 940	132 575	445 684	1 547 836	562 702
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	11 759 972	500 782	1 225 480	3 497 912	1 139 735
7	Grunderwerbsteuer	189 333	5 541	11 445	121 824	7 923
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	106 607	2 333	13 917	33 340	19 177
9	Insgesamt ...	18 863 574	701 952	1 888 453	5 615 041	1 857 688
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	4 227	192	514	968	198
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	543 983	17 450	57 380	211 121	58 172
12	Gewerbesteuer	3 096 752	62 493	243 878	1 177 957	428 996
13	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	749 787	19 611	65 271	264 479	86 290
14	Gewerbesteuer (netto)	2 346 965	42 882	178 607	913 478	342 706
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3 954 738	131 177	315 540	1 693 198	328 696
16	Grunderwerbsteuer	78 350	912	1 948	54 582	2 143
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	34 914	562	5 314	16 599	9 398
18	Insgesamt ...	6 963 177	193 175	559 303	2 889 946	741 313

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1984

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
gesamt									
7 357	19 218	31 392	481	107 382	469	68	37	574	1
74 289	168 992	268 373	24 940	1 282 588	73 862	26 568	43 745	144 175	2
389 838	1 279 048	1 220 003	80 347	6 619 062	353 555	112 434	159 467	625 456	3
58 679	354 604	394 227	21 550	1 790 089	90 539	14 616	76 336	181 491	4
331 159	924 444	1 825 776	58 797	4 828 973	263 016	97 818	83 131	443 965	5
381 838	1 981 473	2 341 770	154 684	11 223 674	288 118	96 617	151 562	536 297	6
28 777	- 13 687	19 628	4 423	185 874	-	3 459	-	3 459	7
10 174	9 286	897	1 534	90 658	12 623	712	2 614	15 949	8
833 594	3 089 726	3 487 836	244 859	17 719 149	638 088	225 242	281 089	1 144 419	9
Städte									
406	1 207	742	-	x	x	x	x	x	10
29 946	53 216	116 698	-	x	x	x	x	x	11
174 507	394 888	614 033	-	x	x	x	x	x	12
23 920	107 024	183 192	-	x	x	x	x	x	13
150 587	287 864	430 841	-	x	x	x	x	x	14
123 015	448 044	915 068	-	x	x	x	x	x	15
9 210	1 525	8 030	-	x	x	x	x	x	16
2 086	822	133	-	x	x	x	x	x	17
315 250	792 678	1 471 512	-	x	x	x	x	x	18

3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung

im 4. Vierteljahr 1984

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	103 071	6 869	22 893	10 971	6 329	6 951	18 011	30 566	481
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	738 600	36 210	111 140	191 069	63 452	44 343	115 776	151 670	24 940
Gewerbsteuer	3 522 242	132 379	395 844	883 333	324 946	215 332	884 161	605 900	80 347
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 040 302	42 686	128 767	248 975	104 950	34 759	247 580	211 035	21 550
Gewerbsteuer (netto) ..	2 481 940	89 693	267 077	634 358	219 996	180 573	636 581	394 865	58 797
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7 268 937	369 605	909 940	1 804 714	811 039	258 823	1 533 430	1 426 702	154 684
Grunderwerbsteuer	1 409	-	244	-	-	-	-	1 165	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	50 118	1 761	7 979	16 195	8 587	5 574 ^{a)}	7 668	763	1 591
Insgesamt ...	10 644 075	504 138	1 319 273	2 657 307	1 109 403	496 264	2 311 466	2 005 731	240 493
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	84	-	-	-	-	-	-	84	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	5	-	-	-	-	-	-	5	-
Gewerbsteuer	71	-	-	-	-	-	-	71	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	71	-	-	-	-	-	-	71	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	106 115	4 629	9 254	67 242	5 780	19 566	- 15 212	10 433	4 423
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	5 626	10	625	546	1 192	2 513	796	1	57
Insgesamt ...	111 901	4 639	9 878	67 788	6 972	22 080	- 14 416	10 594	4 366

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 821 (000) DM der Verbandsgemeinden.

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung
nach Körperschaftsgruppen
1 000 DM

Land	Viertel- jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					Land- kreise
		insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden			
				zusammen	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000	
					Einwohnern		
Schleswig-Holstein	4./84	701 952	193 175	504 138	252 175	251 963	4 639
	3./84	470 972	140 874	326 942	159 470	167 472	3 156
	4./83	662 312	179 409	482 313	238 351	243 962	590
Niedersachsen	4./84	1 888 453	559 303	1 319 273	929 226	390 047	9 878
	3./84	1 360 229	444 488	905 960	644 933	261 025	9 781
	4./83	1 922 347	536 902	1 354 388	938 598	415 789	31 058
Nordrhein-Westfalen ...	4./84	5 615 041	2 889 946	2 657 307	2 532 005	125 302	67 788
	3./84	3 797 885	2 015 356	1 704 357	1 629 147	75 210	78 172
	4./83	5 444 524	2 811 170	2 559 157	2 442 060	117 097	74 197
Hessen	4./84	1 857 688	741 313	1 109 403	802 925	306 478	6 972
	3./84	1 378 034	642 821	727 890	536 940	190 950	7 323
	4./83	1 761 963	707 906	1 023 680	737 793	285 887	30 377
Rheinland-Pfalz	4./84	833 594	315 250	496 264	136 741	359 525	22 080
	3./84	770 154	299 537	445 482	121 574	323 907	25 133
	4./83	705 318	224 446	450 570	122 474	328 097	30 304
Baden-Württemberg	4./84	3 089 726	792 678	2 311 466	1 469 844	841 622	- 14 416
	3./84	2 126 567	618 611	1 490 087	965 836	524 251	17 869
	4./83	2 926 684	718 875	2 175 699	1 370 940	804 759	32 111
Bayern	4./84	3 487 836	1 471 512	2 005 731	768 097	1 237 634	10 594
	3./84	2 452 822	1 166 859	1 276 702	515 858	760 845	9 259
	4./83	3 274 704	1 357 333	1 897 286	722 233	1 175 052	20 088
Saarland	4./84	244 859	-	240 493	225 548	14 945	4 366
	3./84	170 354	-	165 132	154 039	11 093	5 222
	4./83	233 897	-	229 153	214 833	14 331	4 744
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	4./84	17 719 149	6 963 177	10 644 075	7 116 561	3 527 516	111 901
	3./84	12 527 017	5 328 546	7 042 552	4 727 797	2 314 753	155 915
	4./83	16 931 749	6 536 041	10 172 246	6 787 271	3 384 974	223 469

5 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern

Mill.

Lfd. Nr.	Steuerart	Vierteljahr	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
1	Steuern insgesamt	4./84	18 863,6	702,0	1 888,5	5 615,0	1 857,7
2		3./84	13 649,7	471,0	1 360,2	3 797,9	1 378,0
3		4./83	18 008,4	662,3	1 922,3	5 444,5	1 762,0
4	Grundsteuer A	4./84	108,0	7,1	23,4	11,9	6,5
5		3./84	117,3	7,8	26,0	13,7	9,2
6		4./83	105,3	6,8	22,5	11,8	6,6
8	Grundsteuer B	4./84	1 426,8	53,7	168,5	402,2	121,6
8		3./84	1 948,5	73,2	217,4	537,8	178,0
9		4./83	1 365,3	50,9	159,9	387,4	113,0
10	Gewerbesteuer	4./84	7 244,5	194,9	639,7	2 061,3	753,9
11		3./84	6 853,2	186,9	640,9	1 811,9	742,3
12		4./83	6 507,8	176,0	597,0	1 947,6	701,5
13	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	4./84	1 971,6	62,3	194,0	513,5	191,2
14		3./84	1 038,8	33,8	91,1	276,4	97,8
15		4./83	2 065,8	74,3	176,1	555,8	223,1
16	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer	4./84	11 760,0	500,8	1 225,5	3 497,9	1 139,7
17		3./84	5 391,3	215,2	540,7	1 534,7	515,4
18		4./83	11 638,1	501,3	1 266,6	3 458,8	1 100,5
19	Sonstige Steuern und steuer- ähnliche Einnahmen	4./84	295,9	7,9	25,4	155,2	27,1
20		3./84	378,1	21,7	26,3	176,1	30,9
21		4./83	457,8	1,6	52,5	194,8	63,3

n a c h der Steuerverteilung nach Steuerarten

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Lfd. Nr.
833,6	3 089,7	3 487,8	244,9	638,1	225,2	281,1	1
770,2	2 126,6	2 452,8	170,4	630,1	190,7	301,8	2
705,3	2 926,7	3 274,7	233,9	617,1	198,3	261,3	3
7,4	19,2	31,4	0,0	0,5	0,1	0,0	4
9,6	12,3	37,4	0,8	0,3	0,2	0,0	5
6,6	18,5	31,3	0,6	0,4	0,1	0,0	6
74,3	169,0	268,4	24,9	73,9	26,6	43,7	7
102,2	262,2	349,9	30,7	90,4	28,7	78,0	8
74,7	164,0	261,0	22,3	65,2	23,4	43,6	9
389,8	1 279,0	1 220,0	80,3	353,6	112,4	159,5	10
357,8	1 138,5	1 308,2	80,9	343,9	95,1	146,8	11
247,8	1 119,3	1 068,3	72,7	357,7	92,7	127,2	12
58,7	354,6	394,2	21,6	90,5	14,6	76,3	13
54,1	198,0	175,5	10,4	50,3	12,4	39,1	14
43,5	389,7	396,6	23,4	102,1	13,4	67,8	15
381,8	1 981,5	2 341,8	154,7	288,1	96,6	151,6	16
312,3	880,2	913,9	61,1	231,0	73,9	113,0	17
370,1	1 968,9	2 275,4	155,1	295,7	90,0	155,6	18
39,0	- 4,4	20,5	6,0	12,6	4,2	2,6	19
42,3	31,3	19,1	7,3	14,8	5,2	3,1	20
49,6	45,7	35,3	6,5	0,2	5,6	2,7	21

6 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs 3 GG	305 103 642	8 428 870	24 289 067	92.435 416	30 538 596
2	Lohnsteuer	136 349 664	4 116 019	12 443 891	38 875 515	14 579 272
3	Veranlagte Einkommensteuer	26 367 581	924 404	2 195 998	8 266 936	1 830 163
4	Kapitalertragsteuer	5 591 249	73 144	314 151	1 406 455	1 109 090
5	Körperschaftsteuer	26 311 995	649 201	1 866 086	6 066 911	3 079 509
6	Umsatzsteuer	55 500 315	1 584 827	3 942 460	17 584 460	4 524 058
7	Einfuhrumsatzsteuer	54 982 838	1 081 275	3 526 481	20 235 139	5 416 504
8	Bundessteuern	54 059 425	604 799	2 252 081	14 329 170	2 701 250
9	Gesellschaftsteuer	355 623	6 976	29 478	96 734	55 355
10	Börsenumsatzsteuer	341 140	2 336	7 798	74 768	120 683
11	Versicherungsteuer	2 275 739	34 925	219 643	715 519	263 825
12	Wechselsteuer	405 797	5 382	21 737	106 083	82 917
13	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	50 664 627	555 053	1 972 521	13 333 164	2 177 519
14	Zölle (100 %)	5 331 865	81 907	228 134	1 432 798	709 040
15	Tabaksteuer	14 429 123	124	169	3 825 696	90
16	Kaffeesteuer	1 569 178	12 369	98 910	115 396	2 381
17	Teesteuer	64 223	2 958	21 980	11 798	4 190
18	Zuckersteuer	139 263	5 065	30 179	46 175	4 514
19	Branntweinabgaben	4 238 369	395 949	542 719	1 125 889	281 349
20	Schaumweinsteuer	695 230	3 366	2 912	25 665	209 394
21	Leuchtmittelsteuer	121 931	537	3 705	41 120	8 573
22	Mineralölsteuer	24 033 369 ^{a)}	52 756	1 024 327	6 702 860	957 984
23	Sonstige (vorwiegend Salzsteuer)	42 076	22	19 486	5 767	4
24	Ergänzungsabgabe	16 499	127	904	2 902	951

a) Darunter 772 414 (000) DM Heizölsteuer.

Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1984

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
13 540 757	50 605 152	51 203 721	4 111 157	275 152 736	19 978 584	4 534 704	5 437 620	29 950 908	1
6 002 660	23 054 396	23 351 039	1 985 787	124 408 579	7 491 438	1 975 977	2 473 671	11 941 086	2
1 193 906	4 659 653	4 879 009	94 006	24 044 075	1 436 430	456 590	430 487	2 323 507	3
211 762	958 217	764 834	45 678	4 883 331	482 628	33 482	191 808	707 918	4
1 323 805	6 501 223	4 655 505	170 063	24 312 303	1 463 774	184 455	351 463	1 999 692	5
2 856 916	9 691 844	10 200 755	805 289	50 190 605	3 229 824	560 825	1 519 057	5 309 706	6
1 951 708	6 739 819	7 352 579	1 010 334	47 313 839	5 874 490	1 323 375	471 134	7 668 999	7
1 797 513	4 579 291	3 388 395	149 115	29 801 614	12 986 535	1 122 691	10 148 582	24 257 808	8
12 529	45 401	49 940	3 710	300 123	36 273	4 542	14 685	55 500	9
3 260	32 633	53 313	1 131	295 922	28 971	2 921	13 326	45 218	10
11 820	220 611	452 716	13 095	1 932 154	297 332	17 318	28 935	343 585	11
11 385	65 401	52 058	5 681	350 644	30 269	19 422	5 462	55 153	12
1 755 018	4 211 661	2 778 968	125 460	26 909 364	12 592 063	1 077 911	10 085 285	23 755 259	13
141 861	538 251	895 047	16 844	4 043 882	916 737	261 561	109 685	1 287 983	14
143	1 525 434	367	11	5 352 034	264	77	9 076 746	9 077 087	15
58 500	9 046	16 808	36	313 446	201 173	619 776	434 784	1 255 733	16
- 74	2 873	719	1	44 445	12 597	6 930	251	19 778	17
63	35 746	10 952	594	133 288	3 819	576	1 580	5 975	18
610 002	196 747	375 300	14 406	3 542 361	224 027	128 101	343 880	696 008	19
311 205	35 831	81 544	14 583	684 500	7 573	2 045	1 111	10 729	20
254	4 829	45 195	300	104 513	926	145	16 346	17 417	21
632 338	1 856 975	1 344 181	78 243	12 649 664	11 224 951	58 692	100 060	11 383 703	22
726	5 929	8 855	442	41 231	- 4	8	842	846	23
3 501	3 584	1 400	38	13 410	1 627	577	889	3 093	24

6 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
25	Landessteuern	18 581 359	658 894	1 833 368	4 698 705	1 836 072
26	Vermögensteuer	4 492 271	110 211	377 276	1 223 863	485 234
27	Erbschaftsteuer	1 568 325	40 828	116 731	351 844	194 624
28	Grunderwerbsteuer	2 234 020	133 510	262 947	303 587	237 947
29	Kraftfahrzeugsteuer	7 283 771	287 779	827 907	1 939 272	666 146
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	1 419 013	51 278	135 719	419 937	111 195
31	Totalisatorsteuer	95 357	1 124	1 576	45 259	2 797
32	Andere Rennwettsteuer	18 554	108	1 623	9 821	2 666
33	Lotteriesteuer	1 261 944	50 045	132 519	349 230	100 604
34	Sportwettsteuer ¹⁾	43 157	-	-	15 627	5 128
35	Feuerschutzsteuer	329 308	10 670	37 441	74 143	36 338
36	Biersteuer	1 254 579	24 619	75 348	386 060	104 588
37	Sonstige	65	-	0	-	-
38	Gemeindesteuern	36 950 688	1 070 119	3 502 004	10 574 507	3 654 919
39	Grundsteuern	7 102 799	274 340	865 039	1 896 483	624 684
40	Gewerbsteuer (100 %)	28 320 073	759 069	2 531 735	7 961 168	2 912 011
41	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 527 815	36 710	105 230	716 856	118 224
42	Steuereinnahmen insgesamt	414 695 107	10 762 682	31 876 520	122 037 798	38 730 837
						n a c h d e r
43	EG-Anteile an Zöllen	5 256 735	x	x	x	x
44	EG-Anteile Umsatzsteuer	9 478 483	x	x	x	x
45	Steuereinnahmen des Bundes	198 864 450	x	x	x	x
46	Bundessteuern ²⁾	48 802 690	x	x	x	x
47	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	85 106 451	x	x	x	x
48	Umsatzsteuern ³⁾ (65,5 %)	62 887 982	x	x	x	x
49	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 067 326	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen der Länder	143 871 818	5 455 164	14 975 700	39 172 625	14 052 153
51	Landessteuern	18 581 352	658 894	1 833 368	4 698 705	1 836 072
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	85 106 451	3 106 012	8 155 407	23 459 454	8 723 218
53	Umsatzsteuern (34,5 %)	38 116 688	1 629 244	4 786 857	10 451 622	3 303 992
54	Gewerbsteuerumlage (50 %)	2 067 326	61 014	200 068	562 844	188 871
55	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	57 101 760	1 894 752	5 512 034	16 373 198	5 645 307
56	Gemeindesteuern	36 950 688	1 070 119	3 502 004	10 574 507	3 654 919
57	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 145 983	122 027	400 070	1 125 395	377 926
58	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	24 297 053	946 660	2 410 100	6 924 086	2 368 314
59	Steuereinnahmen insgesamt	414 573 246	x	x	x	x
	Außerdem:					
60	Lastenausgleichsabgaben	1 769	63	78	- 123	372

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1984

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
882 279	3 131 794	3 692 312	253 136	16 986 560	737 590	207 633	649 569	1 594 792	25
172 049	779 739	840 890	42 420	4 031 682	268 025	52 071	140 493	460 589	26
60 774	288 650	296 481	10 667	1 360 599	87 220	23 103	97 404	207 727	27
-	477 788	581 536	13 866	2 011 181	92 887	12 173	117 779	222 839	28
456 297	1 179 900	1 365 147	123 815	6 846 263	176 534	77 104	183 870	437 508	29
102 462	195 315	214 845	23 317	1 254 168	73 553	15 274	76 018	164 845	30
3	4 562	18 302	1	73 624	8 349	488	12 896	21 733	31
-	1 420	557	47	16 242	1 921	-	392	2 313	32
102 459	178 294	186 847	23 269	1 123 267	61 160	14 786	62 730	138 676	33
-	11 040	9 238	-	41 033	2 124	-	-	2 124	34
18 180	61 995	67 891	4 007	310 665	9 753	3 231	5 661	18 645	35
72 517	148 349	325 423	35 037	1 171 941	29 618	24 677	28 343	82 638	36
-	57	-	8	65	-	-	-	-	37
2 073 048	6 078 557	6 443 515	456 216	33 852 885	1 745 912	522 972	828 916	3 097 800	38
385 107	986 742	1 313 152	116 436	6 461 983	287 881	126 976	225 957	640 813	39
1 504 702	4 932 422	4 032 612	311 086	25 944 805	1 410 492	375 420	589 356	2 375 268	40
183 239	159 393	97 751	28 694	1 446 097	47 541	20 577	13 603	81 721	41
18 293 597	64 394 794	64 727 943	4 969 624	355 793 795	35 448 621	6 388 000	17 064 687	58 901 308	42

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	43
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
7 793 003	23 725 304	25 905 748	2 152 257	133 231 954	5 357 549	1 651 636	3 630 679	10 639 864	50	
882 279	3 131 794	3 692 312	253 136	16 986 560	737 590	207 633	649 569	1 594 792	51	
4 544 760	14 714 576	15 019 584	1 036 688	78 759 699	3 576 107	1 019 694	1 750 952	6 346 753	52	
2 260 171	5 503 658	6 831 848	842 787	35 610 179	952 904	399 907	1 153 698	2 506 509	53	
105 793	375 276	362 004	19 646	1 875 516	90 948	24 402	76 460	191 810	54	
3 132 436	9 320 757	10 009 408	727 364	52 615 256	2 539 612	776 249	1 170 640	4 486 501	55	
2 073 048	6 078 557	6 443 515	456 216	33 852 885	1 745 912	522 972	828 916	3 097 800	56	
225 848	750 682	719 643	40 771	3 762 362	181 896	48 805	152 920	383 620	57	
1 285 236	3 992 882	4 285 536	311 919	22 524 733	975 595	302 081	494 643	1 772 319	58	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	59	
57	584	437	-	1 468	38	53	209	300	60	

7 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	435 262	30 178	98 856	52 150	33 307
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	6 667 537	244 162	766 183	1 844 333	591 377
3	Gewerbsteuer	28 320 073	759 069	2 531 735	7 961 168	2 912 011
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 145 983	122 027	400 070	1 125 395	377 926
5	Gewerbsteuer (netto)	24 174 090	637 042	2 131 665	6 835 778	2 534 085
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	24 297 053	946 660	2 410 100	6 924 086	2 368 314
7	Grunderwerbsteuer.....	967 647	11 435	45 013	557 638	31 218
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	560 168	25 275	60 217	159 218	87 006
9	Insgesamt ...	57 101 760	1 894 752	5 512 034	16 373 198	5 645 307
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	16 779	633	2 516	4 786	1 213
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	2 601 647	80 014	258 953	1 027 177	282 334
12	Gewerbsteuer	12 246 434	261 074	927 580	4 491 760	1 606 742
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 563 669	36 038	128 866	583 006	169 386
14	Gewerbsteuer (netto)	10 682 765	225 036	798 714	3 908 754	1 437 356
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	7 894 749	247 972	620 559	3 351 676	683 014
16	Grunderwerbsteuer	363 892	4 006	7 896	250 623	9 532
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	166 794	2 646	20 894	75 472	41 388
18	Insgesamt ...	21 726 625	560 307	1 709 532	8 618 487	2 454 837

n a c h der Steuerverteilung 1984

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
-----------------	-------------------	--------	----------	--------------------------------	---------	--------	---------------	--------------	----------

gesamt

33 421	48 810	133 990	2 586	433 298	1 355	459	148	1 962	1
351 686	937 932	1 179 162	113 850	6 028 685	286 526	126 517	225 809	638 851	2
1 504 702	4 932 422	5 032 612	311 086	25 944 805	1 410 492	375 420	589 356	2 375 268	3
225 848	750 682	719 643	40 771	3 762 362	181 896	48 805	152 920	383 620	4
1 278 854	4 181 740	4 312 969	270 315	22 182 443	1 228 596	326 615	436 436	1 991 647	5
1 285 236	3 992 882	4 285 536	311 919	22 524 733	975 595	302 081	494 643	1 772 319	6
135 294	75 524	76 228	19 068	951 418	-	16 232	-	16 232	7
47 945	83 869	21 523	9 626	494 679	47 541	4 345	13 603	65 489	8
3 132 436	9 320 757	10 009 408	727 364	52 615 256	2 539 612	776 249	1 170 640	4 486 501	9

Städte

1 997	2 147	3 487	-	x	x	x	x	x	10
149 493	262 231	541 445	-	x	x	x	x	x	11
714 429	1 551 121	2 693 728	-	x	x	x	x	x	12
97 693	212 753	335 927	-	x	x	x	x	x	13
616 736	1 338 368	2 357 801	-	x	x	x	x	x	14
414 059	902 857	1 674 612	-	x	x	x	x	x	15
44 313	16 446	31 077	-	x	x	x	x	x	16
9 047	10 322	7 025	-	x	x	x	x	x	17
1 235 645	2 532 370	4 615 447	-	x	x	x	x	x	18

7 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeidesteuern n a c h der Steuerverteilung 1984

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	414 950	29 545	96 339	47 364	32 094	31 423	46 664	128 935	2 586
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	3 426 981	164 148	507 230	817 156	309 043	202 192	675 702	637 660	113 850
Gewerbsteuer	13 698 127	497 995	1 604 154	3 469 408	1 305 269	790 274	3 381 303	2 338 638	311 086
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 198 693	85 989	271 204	542 389	208 540	128 154	537 930	383 716	40 771
Gewerbsteuer (netto) ..	11 499 434	412 006	1 332 950	2 927 019	1 096 729	662 120	2 843 373	1 954 922	270 315
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	14 629 986	698 688	1 789 541	3 572 410	1 685 300	871 178	3 090 026	2 610 924	311 919
Grunderwerbsteuer	4 680	-	969	-	-	-	-	3 711	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	290 149	21 717	35 442	73 455	39 433	30 256 ^{a)}	67 149	14 496	8 201
Insgesamt ...	30 266 181	1 326 104	3 762 471	7 437 404	3 162 599	1 797 169	6 722 915	5 350 648	706 871

Landkreise

Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 566	-	-	-	-	-	-	1 566	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	57	-	-	-	-	-	-	57	-
Gewerbsteuer	246	-	-	-	-	-	-	246	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	246	-	-	-	-	-	-	246	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	582 845	7 429	36 148	307 015	21 686	90 980	59 079	41 440	19 068
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	37 736	912	3 881	10 292	6 185	8 641	6 398	2	1 425
Insgesamt ...	622 452	8 341	40 029	317 307	27 871	99 623	65 477	43 311	20 493

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 3 119 (000) DM der Verbandsgemeinden.

8 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung
 1984 nach Gemeindegrößenklassen *)

1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	1 326 104	684 888	641 216
Niedersachsen	3 762 471	2 676 114	1 086 357
Nordrhein-Westfalen	7 437 404	7 103 339	334 068
Hessen	3 162 599	2 330 582	832 017
Rheinland-Pfalz	1 797 169	517 301	1 279 868
Baden-Württemberg	6 722 915	4 377 913	2 345 002
Bayern	5 350 648	2 109 948	3 240 699
Saarland	706 871	660 760	46 111
Bundesgebiet ...	30 266 181	20 460 845	9 805 338
davon:			
Grundsteuer A	414 950	122 975	291 977
Grundsteuer B	3 426 981	2 291 649	1 135 333
Gewerbsteuer	13 698 127	9 879 570	3 818 555
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 198 693	1 560 896	637 799
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	14 629 986	9 541 452	5 088 532
übrige Gemeindesteuern	294 829	186 092	108 740

*) Zuordnung zu den Gemeindegrößenklassen nach der Einwohnerzahl am 30. Juni 1984. - Gebietsstand am 31.12.1984.



Fachserie 14:

Finanzen und Steuern

Reihe 1: Haushaltsansätze

Ab Berichtsjahr 1981 eingestellt (nur noch Kommentierung in „Wirtschaft und Statistik“).

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Der vierteljährliche Bericht gliedert die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Arten und Körperschaftsgruppen. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Baumaßnahmen nach ausgewählten Aufgabenbereichen aufgeschlüsselt; die kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Schuldenstand der Gebietskörperschaften sind in gesonderten Übersichten dargestellt.

In dem Bericht für das 2., 3. und 4. Vierteljahr werden auch kumulierte Ergebnisse (Halbjahr, Dreivierteljahr, Jahr) veröffentlicht.

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

In dieser Reihe erscheinen jährlich nach Aufgabenbereichen, Ausgabe-/Einnahmearten und Ländern gegliederte Berichte über die Rechnungsergebnisse

des öffentlichen Gesamthaushalts (3.1), der staatlichen Haushalte (3.2) (ab Berichtsjahr 1980 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich.) und der kommunalen Haushalte (3.3).

Daneben erfolgt für einzelne wichtige Aufgabenbereiche eine tiefere funktionale Aufgliederung der Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, und zwar für

Bildung, Wissenschaft und Kultur (3.4), Soziale Sicherung und Gesundheit, Sport, Erholung (3.5), Verkehr und Nachrichtenwesen (3.7), (ab Berichtsjahr 1980 eingestellt, zum Teil in Reihe 3.1 enthalten), Wirtschaftsförderung (3.8). (Berichtsjahr 1979 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich; weitere Berichterstattung eingestellt.)

Veröffentlichung von Ergebnissen der Hochschulfinanzstatistik siehe Fachserie 11, Reihe 4.5.

Reihe 4: Steuerhaushalt

Die vierteljährlichen Berichte (4. Vierteljahr mit Jahresergebnis) enthalten Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern und Steuerarten sowie über die Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes. Zum Jahresergebnis werden ergänzend methodische Erläuterungen mit Hinweisen auf Zahlungsweise, Zahlungstermine und Tarife der ergebnisgebenden Steuern gebracht.

Reihe 4.S: Sonderbeiträge

Reihe 4.S.1: Kassenmäßige Steuereinnahmen 1967 bis 1976

Dieser Bericht enthält für die Jahre 1967 bis 1976 nach Ländern gegliederte Angaben über das jährliche Aufkommen an Einzelsteuern und deren Verteilung auf die Körperschaften Bund, (Europäische Gemeinschaften) Länder und Gemeinden/Gv. Für den gemeindlichen Bereich sind die Daten darüber hinaus nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen unterteilt. In langen Reihen wird ein Überblick über die Einnahmeentwicklung seit 1950 gegeben.

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

In der jährlichen Veröffentlichung werden Angaben über den Stand der Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, sowie der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst) u.a. nach dem Dienstverhältnis veröffentlicht. Ferner werden Daten über das Personal der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger und der Träger der Zusatzversorgung (mittelbarer öffentlicher Dienst), der rechtlich selbständigen öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen und der sonstigen juristischen Personen mit überwiegend öffentlicher Finanzierung nachgewiesen. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten bzw. neunten Jahr enthält die Veröffentlichung zusätzliche Merkmalskombinationen, die nur in dieser Periodizität erhoben werden.

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Für den Stichtag 30. Juni werden jährlich Angaben über den Personalstand von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, sowie der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst) u.a. nach dem Dienstverhältnis veröffentlicht. Ferner werden Daten über das Personal der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger und der Träger der Zusatzversorgung (mittelbarer öffentlicher Dienst), der rechtlich selbständigen öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen und der sonstigen juristischen Personen mit überwiegend öffentlicher Finanzierung nachgewiesen. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten bzw. neunten Jahr enthält die Veröffentlichung zusätzliche Merkmalskombinationen, die nur in dieser Periodizität erhoben werden.

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

In dreijährlicher Folge werden – unter Auswertung der steuerlichen Veranlagungsergebnisse – folgende Steuerstatistiken herausgegeben:

7.1 Einkommensteuer

Der Bericht gibt Aufschlüsse über die Höhe und Struktur der Einkünfte, die Besteuerung des erfaßten Einkommens sowie über Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und Sondervergünstigungen der zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen. Ferner sind die Einkünfte aller Lohn- und Einkommensteuerverpflichtigen in einer steuerlichen Einkommenspyramide dargestellt. Daneben werden aufgrund einheitlicher Gewinnfeststellung die Einkünfte und Sondervergünstigungen von Personengesellschaften/Gemeinschaften nachgewiesen.

7.2 Körperschaftsteuer

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über Höhe, Verteilung und Besteuerung des steuerlich erfaßten Einkommens der Körperschaften. Das Einkommen und die Steuerschuld der Körperschaftsteuerverpflichtigen werden u. a. in der Gliederung nach Rechtsformen, Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und im 6-jährigen Turnus nach Wirtschaftszweigen veröffentlicht.

7.3 Lohnsteuer

Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf den Bruttolohn und die Lohnsteuer der veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen in der Gliederung nach Größenklassen des Bruttolohns und der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Steuerklassen und Geschlecht.

7.4 Vermögensteuer

Die Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: unregelmäßig) vermittelt Angaben über die Zusammensetzung und Schichtung des Vermögens der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Sie enthält auch eine Gliederung der nichtnatürlichen Personen nach Rechtsformen sowie der natürlichen Personen nach der Haushaltsgröße und nach der Beteiligung am Erwerbseinkommen. Eine Auswahl von Eckdaten wird regional nach Bundesländern, kreisfreien Städten und Landkreisen nachgewiesen.

7.5 Einheitswerte

7.5.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe: Der in dreijährlicher Folge erscheinende Bericht vermittelt einen Einblick in Umfang und Struktur des bewerteten Betriebsvermögens. Die Ergebnisse sind nach Wirtschaftszweigen sowie Rechtsformen und Einheitswertgruppen gegliedert und geben auch Aufschlüsse über den Vermögens- und Kapitalaufbau nahezu aller Bereiche der gewerblichen Wirtschaft einschl. der freiberuflichen Tätigkeiten. Regional werden die wichtigsten Daten nach Bundesländern, kreisfreien Städten und Landkreisen aufgeschlüsselt.

Reihe 8: Umsatzsteuer

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält Angaben über Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuer in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen; z. T. kombiniert mit Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen. Ferner werden u. a. Angaben über steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze (nach Art der Steuersätze), über Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer und abziehbare Vorsteuer gemacht. Darüber hinaus erfolgt der Nachweis der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach kreisfreien Städten und Landkreisen.

Reihe 9: Verbrauchsteuern

9.1 Tabaksteuer

9.1.1 Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen (vierteljährlich). Im Bericht für das 4. Vierteljahr wird auch das Jahresergebnis veröffentlicht.

9.1.2 Tabakgewerbe (jährlich). Mit einem Überblick über Herstellung, Einfuhr und Absatz von Tabakwaren.

9.2 Biersteuer

9.2.1 Absatz von Bier (monatlich). In den Berichten für September und Dezember wird auch das Ergebnis für das Braujahr (1. 10. – 30. 9.) bzw. Kalenderjahr veröffentlicht.

9.2.2 Brauwirtschaft (jährlich). Mit Angaben über Braustätten und ihre Erzeugung.

9.3 Mineralölsteuer

Der jährlich erscheinende Bericht bringt Nachweisungen über die versteuerten Mengen und die Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl.

9.4 Branntweinmonopol

In jährlicher Folge werden Brennereien, Alkoholherzeugung und -absatz, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sowie Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nachgewiesen.

9.5 Schaumweinsteuer

Der Jahresbericht enthält Angaben über die Schaumweinhersteller, ihren Absatz sowie über das Steuersoll.

9.6 Kleinere Verbrauchsteuern

Je ein Bericht wird jährlich über die Besteuerung von Salz und Zucker veröffentlicht.

Reihe 10: Realsteuern

10.1 Realsteuervergleich

Der jährliche Bericht umfaßt Angaben über Isteinkommen, Grundbeträge, gewogene Durchschnittsbesätze und Hebesatzstreuung bei den einzelnen Realsteuern sowie über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die an Bund und Länder abgeführte Gewerbesteuerumlage. Außerdem werden Steuerkraftberechnungen für die einzelnen kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr und die nach Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht.



STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag
W. Kohlhammer GmbH, Philipp-Reis-Straße 3, Postfach
421120, 6500 Mainz 42, Tel. (0 61 31) 5 90 94/95, erhältlich.